Nr. 35. | Halle (Saale), Dienstag, den 11. Februar 1919. | 30. Jahrg.

Bezugspreis: Monatl. 1,20 Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1,20 Mk., vierteljährl. 3,6 Mk. Bei Zustellung durch Postboten monatlich 15 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgebühr extra.
Erscheinungsweise: Jeden Werktag, nachmitt.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 6 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1067. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 161..

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene, 30 mm breite Kolonelzeile kostet 60 Pfg. Der Preis für die 92 mm breite Reklamezeile beträgt 1,80 Mk.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbeten.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr 1048. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.
Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag, Fernsprech. Nr. 1067.

An das revolutionäre Proletariat Deutschlands!

In der Novemberrevolution 1918 haben die Arbeiter und Soldaten sich der Staatsgewalt bemächtigt, um die sozialistische Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Jetzt, drei Monate später, sind wir von diesem Ziele weiter entfernt als damals. Wachsende Empörung ergreift daher das Proletariat.

Diese Verfälschung der Revolution ist nur möglich geworden, weil die Führer der Rechtssozialisten niemals den Mut zu einer sozialistischen Politik besessen haben. Sie haben der werdenden Revolution bis zum letzten Tage Widerstand geleistet. Als der Zusammenbruch des Alten nicht mehr aufzuhalten war und sie selbst zu begraben drohte, sprangen sie behend beiseite und schlossen sich der revolutionären Bewegung an. Aber sie führten und führen die Regierung in ständiger Anlehnung an ihre bürgerlichen Freunde aus der Kriegszeit, von denen sie sich mit jedem Tage mehr das Gesetz des politischen Handelns vorschreiben lassen.

Während der ersten Wochen der Revolution haben die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie in der Regierung diese verderbliche Politik gehemmt, bis die Rechtssozialisten

dem bürgerlich-militaristischen Einfluß

völlig erlagen und dadurch den Unabhängigen das weitere Zusammenarbeiten mit ihnen unmöglich wurde. Die völlige Niederwerfung des Militarismus war das erste Gebot der Revolution; die Rechtssozialisten haben es preisgegeben. Die Forderung des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte nach Abschaffung der alten Kommandogewalt und nach sofortigem Beginn der Sozialisierung haben sie mißachtet. Wie die Regierenden im alten Staate stützen sich die Ebert, Scheidemann, Noske, Landsberg in der „sozialistischen Volksrepublik“ nur auf die Gewalt der Waffen. Gewalt war ihr einziges Mittel, streikende Arbeiter und revolutionäre Kämpfer zur Ruhe zu bringen. Im Namen von „Ordnung, Ruhe und Sicherheit“ verweigerten sie Verhandlungen und gütlichen Ausgleich, bewaffneten sie Offiziere und Studenten, bewaffneten sie das Bürgertum gegen die Arbeiter und führten in Berlin und Bremen

die schrecklichen Tage des Brudermordes

herauf, den sie auch andern Orten androhten.

Die Regierung der „sozialistischen Volksrepublik“ ist Gefangene des von ihr ins Leben zurückgerufenen Militarismus. Sie muß es daher dulden, daß die persönliche Freiheit, das Hausrecht, die Gesundheit, das Leben der revolutionär gesinnten Arbeiter angetastet wird, schlimmer und frecher als jemals unter dem Belagerungszustand des alten Staates, mußte es dulden, daß Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die verhaftet und deshalb im Schutze der Regierung waren, von entarteten Soldknechten des neuen Militarismus ermordet, daß wehrlose Gefangene in großer Zahl feige und hinterlistig erschossen wurden.

Die Mörder gehen frei herum!

gedeckt von den Generalen, den Herren der Regierung. Die revolutionären Kämpfer dagegen übergibt die sozialistische Regierung nicht einem revolutionären Tribunal, sondern den bürgerlichen Gerichten, die im Namen von „Ruhe, Ordnung und Sicherheit“ Schreckensurteile aussprechen.

Wie der Militarismus, so triumphiert wieder der Kapitalismus. Wer immer geglaubt hat, daß noch vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung die Grundlagen für die Sozialisierung der Betriebe geschaffen werden würden, er ist bitter enttäuscht worden. Stärkung des Kapitalismus ist die Losung der Bourgeoisie, deren Diktat die rechtssozialistischen Führer auch hier gehorchen. Sie planen

die Einführung des Arbeitszwanges

unter Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems. Sie verdächtigen die Arbeiter, die durch Unterernährung, Ueberarbeit, Kriegsleiden körperlich geschwächt und erschöpft sind, der Trägheit und der Arbeitsscheu. Aber sie dulden es, daß Kapitalisten trotz vorhandener Bestellungen und Rohstoffe die Produktion einschränken.

Die enge Verbindung der rechtssozialistischen Führer mit der bürgerlichen Welt prägt sich scharf aus in der Bildung eines Ministeriums, zu dem sie nicht nur die demokratische Partei, sondern auch das Zentrum herangezogen haben.

So sind die proletarischen Klasseninteressen preisgegeben, die Gegensätze in der Arbeiterklasse vertieft worden.

Noch mehr: Die Regierung geht mit aller Kraft daran, die Träger und Schützer der Revolution,

die Arbeiter- und Soldatenräte zu beseitigen.

Sie gehorcht damit dem Gebot der Kapitalisten und Generale. Noch am 23. November hat die Regierung mit der damaligen Zentrale der Arbeiter- und Soldatenräte eine Vereinbarung getroffen, in der feierlich verkündet wird:

„Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen sozialistischen Republik. Ihre Aufgabe ist es, die Errungenschaften der Revolution zu behaupten und auszubauen, sowie die Gegenrevolution niederzuhalten.“

Jetzt soll von dem System der Arbeiter- und Soldatenräte nichts mehr übrigbleiben. Diesen Anschlag zu vereiteln, ist die Aufgabe des Proletariats.

Die Arbeiterräte sind wirtschaftlich unentbehrlich für die Schaffung der Demokratie in den Betrieben. Sie müssen gesetzliche Rechte erhalten, die sie als Träger der sozialpolitischen Aufgaben, als Kontrollinstanzen für die Betriebsführung und als Organ bei der Durchführung der Sozialisierung für die Zukunft in das Wirtschaftsleben eingliedern.

Auch zur Ueberwachung der Bureaukratie und der Vertretungskörper in Gemeinde, Staat und Reich müssen die Arbeiterräte erhalten bleiben.

Ebenso sind die Soldaten- und Marineräte notwendig,

den Geist des Militarismus niederzuhalten

und die Demokratie im Wehrwesen zu sichern.

Es darf nicht dahin kommen, daß die Arbeiter reaktionären Machenschaften wehrlos preisgegeben werden. Um so weniger, als die wirtschaftlichen Privilegien der Kapitalistenklasse fortbestehen und der Demokratisierung und Sozialisierung entgegenwirken. Deshalb fordern wir für die Träger und Schützer der Revolution, die Arbeiter- und Soldatenräte die Festlegung politischer Sicherungen in der Reichsverfassung. Die Reichszentrale der Arbeiter- und Soldatenräte muß das Recht des Einspruchs gegen Beschlüsse der Nationalversammlung erhalten, mit der Wirkung, daß eine Volksabstimmung zu entscheiden hat. Um die Fortführung der Revolution bis zur Verwirklichung des Sozialismus zu sichern, muß die Reichszentrale der Arbeiter- und Soldatenräte ferner das Recht haben, selbständig Gesetzentwürfe an die Nationalversammlung einzubringen. Diese Sicherungen sind notwendig, um endgültig

dem ganzen Volke die Entscheidung über seine Zukunft

in die Hand zu geben.

Die U. S. P. D. will mit aller Kraft für diese Forderungen wirken. Sie ist sich bewußt, daß die Verwirklichung abhängt von dem entschlossenen Willen der ganzen deutschen Arbeiterklasse. Nur wenn diese sich auf den Boden einer zielbewußten Politik stellt, die ohne opportunistische Rücksichten auf die Bourgeoisie, ohne den Bund mit bürgerlichen Parteien die Bahn zum Sozialismus gehen will, nur dann wird es gelingen, allen Hindernissen zum Trotz die sozialistische Republik zu verwirklichen.

Die Vorbedingung dazu ist

die Vereinigung der gesamten Arbeiterklasse,

die im Gegensatz zur rechtssozialistischen Führung nur möglich ist auf der Grundlage einer unerschrockenen, prinzipiellen proletarischen Politik, wie sie einst der Stolz der deutschen Sozialdemokratie gewesen ist, und zu der jetzt die U. S. P. D. alle Arbeiter wiederum aufruft.

Weimar, den 8. Februar 1919.

Die Parteileitung der U. S. P. D.

Die Fraktion der U. S. P. in der Nationalversammlung.

Lore Agnes. Bock. Braß. Brühl. Dr. Oskar Cohn. Dittmann. Düwell. Eichhorn. Friedr. Geyer. Dr. Kurt Geyer. Haase. Henke. Hofer. Anna Hübler. Koenen. Kunert. Laukant. Merges. Raute. Seger. Simon. Wengels. Wurm. Luise Zietz. Zubeil.

Sammelregierung!

Ebert, Reichspräsident, Scheidemann Reichskanzler.

Die Rollenverteilung ist beendet, der neue rosa-lila-schwarze Regierungsblock hat sich gefestigt. Aus Weimar wird gemeldet:

Die Parteiführer haben sich darüber geeinigt, daß zum provisorischen Präsidenten Ebert gewählt wird und daß an die Spitze des Reichsministeriums Scheidemann trete. Da das Zentrum eine der drei leitenden Stellen besetzen will, tritt David vom Präsidium der Nationalversammlung zurück und macht den Platz für Fehrenbach frei. Endgültig festgelegt ist auch, daß das Kabinett aus 14 Mitgliedern besteht einschließlich des Vorsitzenden, also aus 7 Sozialdemokraten, 4 Demokraten und 3 Zentrumsangehörigen.

Der Kuhhandel zwischen den Parteien ist also geglückt, wir bekommen nun einen regierungssozialistischen Reichspräsidenten, einen regierungssozialistischen Reichskanzler und ein halb regierungssozialistisches Ministerkabinett. Rot ist darin nicht enthalten, nur Rosa. Aber auch das Rosa kann sich nicht durchsetzen, da Lila und Schwarz genau den halben Anteil an der Farbenbestimmung erhielt. Wird Rosa mit Lila und Schwarz gemischt, so kommt wohl Grau oder etwas ähnlich Schwärzliches zum Vorschein. Sozialismus jedenfalls nicht.

Der Regierungsblock war ja gestern in der Nationalversammlung schon glänzend eingespielt. Alle Anträge der Unabhängigen, ein wenig sozialistische Demokratie in die Verfassung zu impfen, wurden glatt abgewiesen. Die Anträge wollten keine neue Präsidentendynastie, sondern ein präsidierendes Kollegium von fünf Beauftragten — abgelehnt! Die Anträge wollten die Arbeiter- und Soldatenräte in der Verfassung verankern — niedergestimmt! Die Anträge wollten Schluß mit der Geheimdiplomatie — abgelehnt! Und so weiter. Der kurze W. T. B.-Bericht tut die Bemühungen unserer Genossen mit ein paar ärmlichen Worten ab. Wir werden nach Erlangung eines genauen Verhandlungsberichtes die Kämpfe unserer Genossen für ein wenig sozialistische Demokratie in das deutsche Verfassungsleben zusammenhängend darstellen.

Von heute an wird der Regierungssozialismus Arm in Arm mit Kapitalsvertretern und Zentrumspfaffen die politische Macht ausüben — und zwar auf Grund einer Verfassung, die eine rein bürgerlich-kapitalistische Republik festlegt. Keine Spur sozialistisch, kein Hauch von Sozialismus. Deutschland wird unter den Händen Eberts und Scheidemanns eine Kopie Amerikas!

Einkammersystem in Preußen.

Berlin, 10. Februar. Der Verfassungsentwurf für Preußen wird sehr bald der konstituierenden Landesversammlung unterbreitet werden, deren Einberufung im Laufe des Monats mit Sicherheit erfolgen dürfte. Der Entwurf sieht das Einkammersystem und einen besonderen Staatspräsidenten vor.

250 000 Mann.

Weimar, 10. Februar. Der Rat der Volksbeauftragten hat die Vorlage über die Bildung des neuen Reichsheeres verabschiedet. Die Friedensstärke des neuen Reichsheeres soll 250 000 Mann betragen.

Gebt unsere Kriegsgefangenen heraus!

Weimar, 10. Februar. Der Nationalversammlung ist ein von Mitgliedern aller Parteien unterzeichneter Antrag zugegangen, in der die deutsche Nationalversammlung Einspruch gegen die Zurückhaltung von Kriegs- und Zivilgefangenen erhebt und sich an das Gewissen der ganzen Welt wendet, sich mit ihr in der Forderung zu vereinigen, den Gefangenen die Heimat wiederzugeben. Die deutsche Nationalversammlung sendet den Brüdern jenseits der Grenze den Gruß der Heimat.

Blödsinn über „Spartakus“.

Die sogenannte Antibolschewistische Korrespondenz, die von deutschen Großkapitalisten ausgehalten wird, meldet: „Der Rote Soldatenbund ist wieder in voller Ausrüstung zum kommenden Putschversuch gegen die Regierung. Jedenfalls ist nach zuverlässigen Mitteilungen Eichhorn der Führer. Ebert und Scheidemann sollen mit Gewalt kampflos gemacht werden. Man muß mit Gewaltakten rechnen, denn der Tod Liebknechts soll „gerächt“ werden.“

Die Lügen und Gemeinheiten der kapitalistischen Hetzpresse (die Saalezeitung bringt diese Verleumdungen im Fettdruck!) sind kaum noch zu überbieten.

Polizei- und Feuerwehrstreik in Leipzig.

Leipzig, 10. Februar. Ein Teil der städtischen Beamten, besonders die Polizei und die Mitglieder der Feuerwehr, sind vormittags in den Ausstand getreten, so daß in den meisten Bureaus der Stadtverwaltung jeder Verkehr ruhte. Das Rathaus, das Polizeiamt und andere städtische Geschäftslokale waren am Morgen von polizeilichen Streikposten besetzt. Die Ursachen des Streiks sind die wirtschaftlichen Forderungen der Ratsbeamten und die Art, in der die Beauftragten der städtischen Angestellten behandelt worden sind. Durch Verhandlungen wurde am Nachmittag der Streik vorläufig beigelegt. Die Beamten, die an den von ihnen gestellten Gehaltsforderungen unbedingt festhalten, haben einstweilen den Dienst wieder aufgenommen.

Internationaler Kongreß.

Schlußsitzung. In Bern ist gestern der Internationale Sozialistenkongreß geschlossen worden, der eine Vorbereitung der neuen Internationale sein sollte. Er hat manche Anregung gebracht, aber im Grunde keine beachtliche Bedeutung gewonnen. Wir werden über seine Arbeiten und seine Wertung vom proletarisch-sozialistischen Standpunkte in einem gesonderten Aufsatz berichten.

Die Schlußsitzung befaßte sich mit „Demokratie und Diktatur“, wobei es sich besonders um den Bolschewismus handelte. Fast alle Redner verurteilten den Bolschewismus, nur Adler-Wien wandte sich gegen die Brandmarkung der russischen Verhältnisse. Bernstein-Berlin wandte sich heftig gegen den Bolschewismus. Der Sozialismus dürfe in keiner Weise mit ihm zusammenarbeiten, weil der Bolschewismus, und das gelte besonders für das industriereiche Deutschland, den Hungertod des Proletariats bedeuten würde.

Branting führte im Schlußwort aus: Das Ziel der Internationale sei der demokratische Völkerbund ohne Ausschluß irgend einer Nation und auf Grund der Prinzipien, die Wilson für die Demokratie der ganzen Welt aufgestellt habe.

Nach der Erklärung eines deutschen Unabhängigen, die ganze deutsche Jugend sei antimilitaristisch, wurde der Kongreß geschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190211-18/fragment/page=0001

Die Hetze gegen Eichhorn wird immer weiter betrieben. Der bürgerlichen Presse ist es ein Vergnügen, Herrn Noske den Aufenthalt Eichhorns zu verraten. Wie die B. Z. freudestrahlend kund macht, halte sich Eichhorn gegenwärtig in Braunschweig auf und scheine in dem ehemaligen herzoglichen Schloß zu wohnen. Die Braunschweiger Unabhängigen hätten ihm dort ein Asyl gewährt. — Nun kann Noske seine Garden oder Spitzel nach Braunschweig schicken.

Schwerarbeiterzulagen bis 1. April.

Berlin, 10. Februar. Zulagen für Schwerarbeiter. Die Bergwerks, Schwerst- und Rüstungsarbeiterzulagen sind, wie bekannt, mit Wirkung vom 10. Februar, aufgehoben. Hier und da haben sich bei Durchführung dieser Maßregel jedoch Schwierigkeiten ergeben. Um den daraus hervorgehenden Unzuträglichkeiten Rechnung zu tragen, insbesondere um Unglücksmöglichkeiten in der Rationierung, die bei ungeordneten Zuständen eintreten müßten, vorzubeugen, hat sich der Staatssekretär des Reichsernährungsamtes mit einer Fristverlängerung bis zum 1. April für die Durchführung des Wegfalles der Zulage in allen Fällen einverstanden erklärt, in denen sich die Durchführung bislang nicht hat ermöglichen lassen. Bis zum 1. April sollen aber die notwendigen Organisationsmaßregeln überall getroffen sein, so daß nach dem 1. April Zulagen nirgends mehr gewährt werden dürfen.

Nationalversammlung.

Weimar, 10. Februar. (W. T. B.) Präsident Dr. David eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 35 Min. Auf Bitten einiger Mitglieder des Hauses verliest der Präsident eine Mitteilung, in der diese, die erst heute um 11 Uhr vormittag Leipzig verlassen haben, erklären, daß die Gerüchte über einen Aufruhr in Leipzig unbegründet sind. Es streiken in Leipzig nur Schutzleute und Feuerwehrleute. Sodann werden einige weitere Kundgebungen und Adressen verlesen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite und eventuell dritte Beratung des

provisorischen Verfassungsentwurfes.

Zur zweiten Lesung ist eine Reihe von Anträgen der Deutschnationalen Volkspartei und der Unabhängigen eingegangen, deren Drucklegung noch nicht erfolgt ist, und die deshalb verlesen werden.

Der bayerische Gesandte Dr. von Praeger erklärt im Auftrage der Regierungen Bayerns, Württembergs und Badens, daß diese Regierungen von der Voraussetzung ausgingen, daß durch die Annahme des Gesetzentwurfes Entscheidungen über die Sonderrechte der einzelnen Freistaaten nicht vorgenommen werden würden.

Volksbeauftragter Ebert erklärt, daß die Reichsregierung dieser Auffassung zustimme.

Im Namen der sozialdemokratischen Partei gibt Abg. Löbe die Erklärung ab, daß die sozialdemokratische Fraktion von der Notwendigkeit einer raschen Verabschiedung des Gesetzes durchdrungen sei. Aus diesem Grunde habe sie sich auch entschlossen, ihre erheblichen Bedenken gegen die in den §§ 8 und 4, Abs. 3 enthaltenen Bestimmungen zurückzustellen. Nur unter dem Zwange der Verhältnisse und um den Wiederaufbau des Reiches nicht schwer zu gefährden, hätte sich die Fraktion dazu verstanden, in eine Einschränkung des Grundsatzes, daß die Nationalversammlung allein souverän sei, zu willigen. Für die endgültige Verfassung behielte sich die Fraktion volle Freiheit der Entschließung vor.

Im Namen der Deutschen Demokratischen Partei erklärt dann Abg. von Payer: Meine Freunde erkennen die Notwendigkeit an, eine vorläufige Verfassung zu schaffen, ebenso daß sie sofort in Wirksamkeit treten und darum nur das Notwendigste enthalten soll. Erst bei Beratung der endgültigen Verfassung werden wir an die Prüfung der Frage herantreten, wie zum Heil des Ganzen die überragenden Forderungen der Reichseinheit mit der Rücksicht auf das historisch Gewordene und die Eigenart der deutschen Stämme am besten vereinigt werden können. Unser Volk und der Feind sollen uns trotz der gewaltigen Parteigegensätze bei diesem ersten Schritt geeinigt und entschlossen finden. (Lebhafter Beifall.) Die heutige Verabschiedung des ersten großen grundlegenden Gesetzes durch eine außerordentlich große Mehrheit soll uns unter anderm von guter Vorbedeutung sein. Meine Freunde werden geschlossen für die Vorlage und ihre sofortige Durchberatung in zweiter und dritter Lesung stimmen.

Abg. Heim (Bayer. Vpt.) äußert schwerste Bedenken gegen den Entwurf, hofft aber auf die endgültige Verfassung.

Abg. Dr. von Delbrück (D. N.) erklärt ebenfalls die schwersten Bedenken. Da aber ihr vorläufiger Charakter anerkannt sei, würde seine Partei für die vorläufige Vorlage stimmen.

Abg. Dr. Heinze (D. V.) äußert Bedenken, stimmt aber für den Entwurf.

Abg. Dr. Cohn (Unabh. Soz.) begründet in längerer Rede die Anträge seiner Fraktion, die den § 2 beseitigen und statt des Präsidenten ein Bundespräsidium oder ein Reichspräsidium schaffen wollen. Weiter eine Legalisierung (Aufnahme in die Verfassung) des Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte verlangt.

Abg. Gröber (Zentr.): Für uns ist im Augenblick das Wichtigste, den Uebergang von dem revolutionären Zustand zu einer Rechtsordnung möglichst zu beschleunigen. Angesichts dieser Aufgabe müssen alle anderen Bedenken zurückgestellt werden. Die Zentrumspartei wird in ihrer großen Mehrheit für die Vorlage stimmen.

Damit schließt die Besprechung des § 1. § 1 wird sodann gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialisten und einer Minderheit des Zentrums angenommen.

Zu § 2, der im übrigen unverändert angenommen wird, wird ein Antrag Bayer, Löbe, Posadowsky, Dr. Mießer angenommen: „Der Staatenausschuß wird gebildet von Vertretern derjenigen deutschen Freistaaten, deren Regierungen auf das Vertrauen einer aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung beruhen. Bis zum 31. 3. 1919 können mit Zustimmung der Reichsregierung auch andere deutsche Freistaaten Vertreter entsenden."

Zum § 4 wird ein Antrag der Unabhängigen Sozialisten, daß dem Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte ein Einspruchsrecht gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung zustehen soll, abgelehnt. Ebenso ein weiterer, der dem Zentralrat das Recht geben soll, unter Umständen eine Volksabstimmung herbeizuführen. § 4 wird angenommen, davon der zweite Satz gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialisten und der Bayerischen Volkspartei.

Zum § 5 wird ein Antrag der Unabhängigen Sozialisten, daß Soldaten ebenso wie Beamte als Mitglieder der Nationalversammlung ihre Tätigkeit ausüben können, ohne Urlaub nachsuchen zu müssen, gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen. Im übrigen gelangt § 5 unverändert zur Annahme.

§ 6 wird, nachdem Staatssekretär Graf Brockdorff-Rantzau erklärt hat: Ich kann vom Standpunkte meines Ressorts erklären, daß ich nicht die Absicht habe, Geheimverträge abzuschließen, unter Ablehnung der Anträge der Unabhängigen Sozialisten unverändert angenommen. Die Unabhängigen hatten beantragt, die Geheimverträge zu verbieten. Ebenso die §§ 7, 8 und 9, wobei in § 7 der Ausdruck „Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt" durch „absoluter Stimmenmehrheit" ersetzt wird.

Als § 10 wird folgender Antrag Bayer, Gröber und Genossen hinzugefügt: „Dieses Gesetz tritt mit seiner Annahme durch die Nationalversammlung in Kraft. Von diesem Zeitpunkte an können Gesetze, sowie Verordnungen, die nach dem bisherigen Reichsrecht der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags bedürfen, nur gemäß § 4 dieses Gesetzes zustande.

Sodann wird sofort in die dritte Beratung eingetreten. Volksbeauftragter Landsberg: Die Reichsleitung will, daß die Tage der Geheimdiplomatie gezählt sein müssen. Aber wenn wir uns jetzt die Verpflichtung auferlegen, alle Verträge vor der Oeffentlichkeit zu schließen, so könnte ein anderer Staat vielleicht nicht mitmachen. Das könnte das Ziel, die Geheimdiplomatie allgemein abzuschaffen, geradezu gefährden.

Es folgt eine längere Auseinandersetzung mit den Unabhängigen Sozialisten, die hier den bei der zweiten Lesung eingebrachten Antrag auf Verbot der Geheimverträge wieder aufnehmen wollten, wozu sie jedoch nicht die nötige Unterstützung finden.

In der Gesamtabstimmung wird der Entwurf gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialisten und weniger anderer Abgeordneter unter dem Beifall des Hauses angenommen. Die Ermächtigung an den Präsidenten, das Gesetz zu unterzeichnen und es damit in Kraft zu setzen, wird einstimmig erteilt. Darauf erklärt

Volksbeauftragter Scheidemann: Nachdem die Nationalversammlung die vorläufige Verfassung verabschiedet hat, ist die geistige Mission, die uns als vorläufiger Regierung zugefallen war, beendet. Wir legen die Macht, die wir von der Revolution empfangen haben, hiermit in Ihre Hände.

Abg. von Payer schlägt vor, die Regierung zu ersuchen, ihr Amt bis zur Wahl des Reichspräsidenten und zur Bildung des Reichsministeriums weiterzuführen, worauf

Volksbeauftragter Scheidemann erklärt: Wir sind bereit, diesem Wunsche nachzukommen.

Das Haus nimmt den Vorschlag Payer einstimmig an. Nächste Sitzung Dienstag 3 Uhr: Die Wahl des Reichspräsidenten. Schluß nach 6 Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 11. Februar 1919.

An die Parteifunktionäre!

Morgen, Mittwoch, abends 7 Uhr, ist im Volkspark eine sehr wichtige Sitzung der Funktionäre des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis. Kein Funktionär darf fehlen!

Der Vorstand. J. A.: A. Albrecht.

Die bevorstehenden Gemeindewahlen

standen in einer außerordentlichen Kreis-Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis, die am Sonntage im Volkspark tagte, zur Besprechung. Redner zu dem Gegenstande war Genosse Osterburg. Er führte etwa aus: Die kommenden Gemeindevertreterwahlen sind insofern nicht minder wichtiger als die beiden vorausgegangenen Wahlen, als es uns auf Grund der vollständig veränderten Verhältnisse in einer ganzen Reihe von Gemeinden möglich sein wird, die Mehrheit zu erlangen. Das ergibt gegen früher eine Reihe neuer Gesichtspunkte, die wir berücksichtigen müssen. Er ging dann in längeren Ausführungen auf die technischen Bestimmungen der Wahlordnung usw. ein und weist auf verschiedene Unklarheiten hin, die darin noch bestehen. Ueber die Frage des Zusammengehens mit anderen Parteien habe der Bezirkstag bereits ablehnend beschlossen; dagegen sei das System der verbundenen Listen auch hier zu empfehlen. Dem Wahlkampf dürften wir keineswegs mit übergroßem Siegesbewußtsein entgegengehen, denn die Gegner würden nichts unversucht lassen, uns unsere Erfolge zu mindern. Die jetzt neugegründete

Liga für Anti-Bolschewismus

sei zu nichts anderem, als zu Agitationszwecken bei den Gemeindewahlen bestimmt. In seinen weiteren Ausführungen erläuterte Genosse Osterburg dann die Forderungen unseres Kommunalprogramms, wobei er die Schulfrage besonders in den Vordergrund stellte.

In der Aussprache machte Genosse Hildebrandt auf die Schwierigkeiten bei Aufstellung der Kandidatenliste aufmerksam und gibt einzelne beachtenswerte Winke. Wichtig sei es, daß gerade bei den Gemeindewahlen auf

unbedingte Einhaltung des Wahlgeheimnisses

gesehen werden müsse, und diese Frage nicht mit der bei den letzten Wahlen beobachteten Gleichgültigkeit behandelt werden dürfe.

Gen. Schiepe-Ammendorf führte Klage darüber, daß die einschlägigen Bekanntmachungen und Ausführungsbestimmungen über die Wahl sehr spärlich und zu spät erschienen. Die Kontrollinstanz der Arbeiter- und Soldaten-Räte müsse auch für die neugewählten Gemeindevertretungen bestehen bleiben. Hauptsächlich in der Wohnungsfrage würden wir in Zukunft die Sünden der Kriegsjahre zu spüren bekommen.

Gegen jede Listenverbindung sprach sich der Gen. Schlegel-Ammendorf aus. Ein Genosse aus Oppin hielt den Zusammenschluß ihrer Ortsgruppe zu einem Zweckverband vereinigter Ortschaften für wünschenswert, worauf Genosse Albrecht darauf hinweist, daß jetzt schon Gemeinden mit 40 stimmberechtigten Einwohnern Vertreterwahlen vornehmen können und derartige Fragen des Zusammenschlusses der Zukunft überlassen werden können.

Der Genosse Kürbs verlangte, daß die politische Zuverlässigkeit bei der Aufstellung der Kandidaten den alleinigen Ausschlag geben müsse. Dem Problem der Ernährungsfragen unserer Städte müsse in Zukunft die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Genosse Kilian:

Die Wertzuwachssteuer

wird, entgegen der Ansicht Osterburgs, in Zukunft auch auf dem Lande reichliche Erträge bringen können. Notwendig ist es, daß die Gemeindevertreter in ständiger Fühlung und Verbindung mit ihren Wählern bleiben und daß zu diesem Orte eine Frau mitgezählt wird.

Genossin Sachse-Nietleben beantragte, nach den stattgefundenen Wahlen Konferenzen der Gemeindevertreter einzuberufen.

Ein weiterer Antrag verlangte zur Finanzierung der Wahlen je Mitglied einen einmaligen Beitrag von 50 Pfennig zu erheben.

In seinem Schlußwort schloß sich Genosse Osterburg der Ansicht Kilians in der Wertzuwachssteuer auf dem Lande an.

Der Antrag Sachse sowie ein Antrag des 18. Distriktes: ein Flugblatt zur Aufklärung über die Kleinarbeit bei den Wahlen herauszugeben, wurden angenommen.

Zum Punkte:

Stellungnahme zum Parteitag der U. S. P. D.

nahm sodann Genosse Hennig das Wort. Er wies darauf hin, daß sich bereits zwei Mitgliederversammlungen mit diesem Thema beschäftigt haben und glaubt sich auf das Herausgreifen einiger grundsätzlicher Fragen beschränken zu können. Notwendig ist es unbedingt, den Parteitag sobald als irgend möglich einzuberufen. Die Verhältnisse erfordern es, einheitliche Grundlagen zu schaffen und unsere Arbeiten der Organisationen zusammenzufassen und zu zentralisieren. Im Verfolg der Revolution hätte die Sozialdemokratie eine Politik treiben müssen, gegen die sich das Bürgertum, nicht aber die Arbeiter hätten auflehnen müssen. Das ist nicht geschehen. In Weimar stützt die Regierung Ebert-Scheidemann, erneut das Bürgertum, durch ihr Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien. Gegen diese Regierung kann die Arbeiterschaft nur Opposition treiben. Dazu ist es notwendig, die Oppositionsbestrebungen durch ein gemeinsames Aktionsprogramm zu vereinheitlichen und eine klare Taktik festzulegen. Auf dem Boden des Parlamentarismus müssen wir stehenbleiben, aber dafür sorgen, daß die Parlamente unserer Kontrolle unterliegen. Die Arbeiterklasse muß das Parlament durch ihre Aktionen dauernd unter Druck halten. Die Demokratie dürfen wir nicht verlassen, auch wenn sie zunächst zu unserem Unguten ausschlägt. Es ist unsere Pflicht, die Laien des Parlaments, wie es jetzt zusammengesetzt ist, auf das äußerste zu kritisieren und auf ihren wahren Wert für die Arbeiter zurückzuführen. Die Arbeiterschaft hat eine

selbständige Klassenpolitik

zu treiben und sich von dem Bürgertum loszulösen; diese Taktik muß der Parteitag festlegen. Unser Bezirk liefert den Beweis dafür, daß damit eine erfolgreiche Agitations- und Werbearbeit innerhalb der arbeitenden Klasse möglich ist.

In der Aussprache stimmte Schlegel-Ammendorf den Ausführungen bei und entwickelte Richtlinien für ein Aktionsprogramm.

Genosse Albrecht führte die Wahlbeteiligung als Beweis dafür an, daß wir fast ausnahmslos auf dem Boden des Parlamentarismus ständen. Das sei auch ganz verständlich, denn der Ausfall der Wahlen beweise ja, daß wir die Macht noch nicht hätten.

Genosse Kilian ist gegen die Festlegung der Taktik unter den jetzigen Verhältnissen. Daß alles im Flusse sei, würde durch den Ausgang der Wahlen in Sachsen bewiesen, der einen großen Gewinn für die unabhängige Sozialdemokratie bedeutete. Der Parteitag dürfe vor allem keinen Trennungsstrich nach links ziehen; die Lage könne sich so gestalten, daß wir uns zu entscheiden hätten, ob wir nicht noch andere Machtmittel als den Generalstreik in Anwendung bringen.

In seinem Schlußworte hob Genosse Hennig nochmals hervor, daß er die wirtschaftliche Macht der Arbeiterschaft für deren stärkste Waffe halte.

Nach einigen weiteren Ausführungen, die aber nichts Neues bringen, werden die zwei, schon in der Mitgliederversammlung angenommenen Entschließungen des Genossen Bock einstimmig angenommen.

Die Delegiertenwahlen zum Parteitage

gaben einen Gradmesser ab für die Stimmung der Mehrheit der Delegierten. Es erhielten Stimmen: Kilian 124, Schiepe-Ammendorf 122, Böttge 112, Kürbs 100, Frau Schmidt 36, Meseberg 35, Albrecht 24, Hennig 19 (Hennig hatte von vornherein abgelehnt), Banse 4, Schlegel-Ammendorf 2. Die ersten vier Genossen sind gewählt.

Nach einigen weiteren unwesentlichen Erörterungen erfolgte sodann Schluß der Generalversammlung.

Stadtverordnetensitzung.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten gab der Vorsteher zunächst eine Eingabe der städtischen Feuerwehrleute bekannt. Die Feuerwehrleute protestieren darin gegen die jetzige Regelung ihrer Gehälter. Unter anderm bezeichnen sie sich als die schlechtest bezahlten Angestellten der Stadt und bitten um eine Erhöhung ihrer Gehälter um 100 Proz. Unter Hinweis auf die Stellung, die die Versammlung in den letzten Sitzungen zu ähnlichen Fragen angenommen hatte, wurde die Eingabe zunächst dem Magistrat zur Stellungnahme überwiesen.

Die Stadtverordneten von Köslin wiesen in einem Anschreiben darauf hin, daß sie gegen die Verordnung der Regierung, über die Auflösung der Gemeindevertretungen und deren Neuwahlen Einspruch erhoben haben und ersuchten die hiesigen Stadtväter, sich dem Einspruch anzuschließen.

Der Vorsteher, Justizrat Keil, hält einen derartigen Einspruch für berechtigt (versteht sich!) weil es seinem Empfinden nach wohl wenige geben würde, die mit dieser Handlung der Regierung zufrieden seien. Ein Protest dagegen sei aber nicht notwendig.

Stadtv. Hoe ist der Meinung, daß die Versammlung Stellung nehmen müsse, denn aus dem Stillschweigen könne geschlossen werden, daß sie mit dieser Regierungsmaßnahme einverstanden sei. Die folgenden Ausführungen wiesen einen ausscheidenden von ihm selbst nicht bemerkten Widerspruch auf, indem er zunächst sein und seiner Freunde Einverständnis mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht betonte, gleichzeitig aber verschiedene einschränkende Bestimmungen aus dem früheren Klassenwahlrecht schmerzlich vermißte.

Der Vorsteher schlug vor, die Sache dem Rechts- und Verfassungsausschusse zu überweisen und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Stadtv. Genosse Hennig: Die Angelegenheit ist von uns als erledigt zu betrachten, denn die Wahlen sind vom Magistrat bereits angesetzt. Es ist unklar, was da mit einem Protest bezweckt werden soll. Es ist unbegreiflich, was Herrn Hoe veranlaßt, einer möglichst schnellen Erledigung der Neuwahlen feindselig gegenüber zu stehen, wo doch gerade ihm und seinen Gesinnungsfreunden die Wahlen zur Nationalversammlung gar nicht schnell genug vorgenommen werden konnten. Wer damit einverstanden ist, daß dem Volke das gleiche Wahlrecht gegeben wurde, kann sich einem Protest nicht anschließen. Es war höchste Zeit für das gleiche Wahlrecht, sonst würde auch der neue Etat mit seinen großen Aufgaben wieder von dem privilegierten Dreiklassenparlament und nicht von einer Volksvertretung erledigt werden.

Stadtv. Hoe wandte sich gegen den Vorschlag des Vorstehers und stellte den Antrag auf sofortige Besprechung.

Stadtv. Genosse Hennig ist der Ansicht, daß es für die Versammlung ganz ausgeschlossen sei, einem derartigen Protest zuzustimmen. Daß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht kam, war nach Lage der Dinge eine Selbstverständlichkeit, und wer sich gegen die Verordnung wendet, der sei auch Gegner dieses Wahlrechts. Es sei nicht etwas, was die Revolution dem Volke aufgezwungen hätte, sondern dem Volke würde nur das zuteil, wofür es jahrelang schwer gekämpft habe. Die Klassenvertretung in den Gemeinden muß schleunigst beseitigt werden. Wir begrüßen es, daß jetzt das ganze Volk zur Mitarbeit an der Gemeinde herangezogen wird.

Stadtv. Gen. Emmer: Das Vorgehen des Herrn Hoe bedeutet einen Stoß gegen die demokratischen Prinzipien. Die Arbeiterschaft wird es sich merken, daß Herr Hoe in der Stadtstube, die ihr Ende steht, noch gegen Demokratie Sturm läuft.

Stadtv. Hoe verwahrt sich, Gegner des allgemeinen Wahlrechts zu sein; er verlange nur, daß es dem Volke auf „legalem" Wege gegeben werde. Der Antrag auf sofortige Besprechung wurde hierauf abgelehnt und die Sache war damit erledigt.

Nach Eintritt in die Tagesordnung werden zum ersten Punkt die ausscheidenden Mitglieder und Stellvertreter der Veranlagungskommission für den Stadtkreis Halle wiedergewählt oder ihre Anzahl durch Neuwahl ergänzt. Auf Grund des § 8 der Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts usw. werden die Stadtv. Mannschewski und Gröbel zu Beisitzern und die Stadtv. Hoe und Hennig zu Stellvertretern zur Bildung des Wahlvorstandes gewählt. Zum dritten Punkte:

Errichtung eines Straßenbahnhofes

lag den Stadtverordneten eine größere gedruckte Begründung des Magistrats vor. Es handelt sich dabei um die Errichtung von Wagenhallen, Werkstättengebäuden und Lagern für die Straßenbahn auf dem städtischen Grundstück an der Freiimfelderstraße, gegenüber dem Schlachtviehhofe. Zur Unterbringung der neu bestellten 60 Wagen soll dort zunächst eine Wellblechwagenhalle, welche etwa für 100 Wagen Raum gewährt, aufgestellt und mit den notwendigen Werkstätteneinrichtungen versehen werden. In der Halle sind 800 Meter Revisionsgruben unter den Gleisen vorzusehen. Die mit 397 500 MK. veranschlagten Kosten sollen aus Anleihemitteln gedeckt werden. Der in der Gegebener Straße befindliche Nebenbahnhof soll durch diese Anlage nicht aufgehoben werden, sondern auch für später

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190211-18/fragment/page=0002

bestehen bleiben. Die Ausführung der Wagenhallen in Wellblech hält der Magistrat aus Gründen der Schnelligkeit erforderlich, da die Lieferung von 40 neuen Wagen schon im Frühling zu erwarten sei. Der Bau- sowie auch der Haushaltungsausschuß sind gegenteiliger Ansicht und befürworten aus wirtschaftlichen Gründen die sofortige Ausführung von massiven Betonhallen. Um aber keine Verzögerung in den Vorarbeiten eintreten zu lassen, beantragen sie die Bewilligung der Kosten für die Inangriffnahme der Vorarbeiten. Es wird demgemäß beschlossen.

Der Mittelbewilligung für Straßenpflasterung sowie für Erneuerung und Ergänzung von Gas- und Wasserrohren wird zugestimmt; ebenso wird der Erwerb von 12 Quadratmeter Land am Angerweg zum Preise von 10 Mk. pro Quadratmeter, ohne Debatte genehmigt. Bei der Bewilligung der Mittel für den Arbeiterrat wird darauf hingewiesen, daß die Mitglieder des Großen Arbeiterrats keinerlei Entschädigung erhalten; in Betracht kommen lediglich die 17 Mitglieder des engeren Rats. Stadtv. Gröbel erklärt, daß es sich bei den Entschädigungen (12 Mk. für Lohnausfall und 8 Mk. Aufwandsentschädigung pro Tag) selbstverständlich um Anwesenheitsgelder handelt, und daß ein großer Teil der Mitglieder des Rats bei Ausübung ihres Berufes einen höheren Verdienst haben. Der Antrag wird ohne Widerspruch genehmigt. Für die Veröffentlichungen des Wohnungsamts werden dann die erforderlichen Mittel in Höhe von 6000 Mk. bewilligt. Hierauf Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

* **Gehaltserhöhung auf 13 000 Mk. und Teuerungszulagen.** Der Direktor des Elektrizitätswerkes Herr Paulsen teilte dem Magistrat mit, daß er von der Stadt Kiel zum Leiter der dortigen städtischen Betriebswerke mit einem Jahresgehalte von 15 000 bis 18 000 Mk. gewählt worden sei. Herr Paulsen erklärt sich bereit, im Dienste der Stadt Halle verbleiben zu wollen, wenn ihm ein Jahresgehalt von 13 000 Mark neben den derzeitigen Kriegszulagen (Teuerungs- und Kriegsbeihilfen) gewährt werde. Bisher bezog Herr Paulsen 9600 Mk. und 1000 Mk. Kriegszulage. Der Magistrat beantragte deshalb, das Jahresgehalt des Direktors Paulsen vom 1. April 1919 ab auf 13 000 Mk. festzusetzen. In der geschlossenen Stadtverordnetensitzung wandte sich Gen. Emmer dagegen, doch stimmte die große Mehrheit der bürgerlichen Stadtverordneten dafür, so daß 13 000 Mk. Gehalt beschlossen wurde.

* **Der wirtschaftliche Wiederaufbau des Deutschen Reiches.** Ueber dieses Thema sprach gestern abend im Volkspark Professor Dr. Waentig-Halle in einer vom Gewerkschaftskartell veranstalteten Versammlung. Eingeladen waren in erster Reihe „alle Gewerkschaftsvorstände, gewerkschaftliche Vertrauensmänner, Funktionäre usw.“ Aber ein großer Teil der — leider — nicht allzu zahlreich erschienenen Versammlungsteilnehmer schien aus (ebenfalls zugelassenen) Gästen, zumeist näheren Verehrern des Vortragenden zu bestehen. Eine Bemerkung des Versammlungsleiters, des Kartellvorsitzenden Strehler, daß man großes Gewicht auf eine „ausführliche Aussprache“ lege, wurde dadurch fast zu einem unfreiwilligen Witz, daß die Versammlung, die um 10½ Uhr geschlossen werden mußte, erst um 8½ Uhr eröffnet wurde . . . Herr Professor Waentig begann seinen Vortrag damit, daß er die deutschen Gewerkschaftsführer ob ihrer „vaterländischen“ Kriegspolitik mit nationalem Ruhmesgemüse bekränzte. „Hätte Deutschland,“ so sagte er wörtlich, „diesen Krieg gewonnen, so würde der im Lande vorhandene Lorbeer nicht ausgereicht haben, um die gewerkschaftlichen und rechtssozialistischen Arbeiterführer damit zu umwinden.“ Für den ihnen entgangenen Lorbeer muß sie nun allein das erhebende Bewußtsein entschädigen, ihrerseits tatkräftig mit auf den Sieg des alldeutschen Imperialismus hingewirkt zu haben. „Es hat nicht sollen sein . . .“ Für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands hält auch Herr Professor Waentig die Sozialisierung für unumgänglich notwendig, nur will er sie langsam und in gemäßigten Formen durchgeführt wissen. Er denkt sie sich in einer Art unmittelbarer Beteiligung der Arbeiter an den Betriebsgewinnen. Unsere Volkswirtschaft sei so überaus kompliziert, daß man nur mit der größten Behutsamkeit an ihre Umwandlung herangehen dürfe. Auch sein Ideal sei, nicht das Geld- sondern das Arbeitseinkommen zur Grundlage des neuen wirtschaftlichen und sozialen Aufbaues von Deutschland zu machen. Aber das würde sich erst nach und nach durchführen lassen. Das nächste und wichtigste Ziel müsse sein: Steigerung der Produktivität und Hebung der deutschen Volkswirtschaft durch angestrengte und vermehrte Arbeit. Finanziell sei dem zusammengebrochenen Staate vorerst dadurch aufzuhelfen, daß alle Kapitalsgewinne, großen Einkommen und Vermögen usw. von der Besteuerung aufs schärfste erfaßt werden müßten. Eine weitgehende Sozialisierung lasse sich nur international verwirklichen. Ein gewisser Ausgleich der Völkergegensätze sei dafür Voraussetzung. Bei der Sozialisierung müsse ferner das Gesamtinteresse über den Interessen einzelner Klassen stehen, und die Arbeiter müßten vor allem die nationalen Gesichtspunkte obenan stellen. Sie sollten eine Ueberbrückung der Klassengegensätze anstreben, wie das auch der Rechtssozialist Dr. David in seiner Rede als Präsident der Nationalversammlung so schön gesagt habe. Der Geist, von dem sich die Gewerkschaftsführer und Rechtssozialisten bei ihrer Kriegspolitik haben leiten lassen, müssen lebendig erhalten werden. Von ihm getragen, werde sich die deutsche Volkswirtschaft am ehesten und am aussichtsreichsten wieder aufrichten lassen. — Daß diese Ausführungen bei einem großen Teile der Anwesenden lebhaften Beifall auslösten, erklärt sich füglich aus der ganzen Zusammensetzung der Versammlung. — Daß indes nicht alle Versammlungsteilnehmer völlig damit einverstanden waren, bewies die Zustimmung, die Genosse Bock fand, als er in der Aussprache der Auffassung des Vortragenden die der Unabhängigen Sozialdemokratie gegenüberstellte. Im Sinne Dr. Waentigs sprachen noch der „neuangestellte“ Berichterstatter der Volksstimme und ein Lehrer Schäfer, worauf nach dem Schlußworte des Herrn Professor Waentig, indem er die Darlegungen des Genossen Bock zu widerlegen versuchte, die Versammlung geschlossen wurde. — Eine eventl. Wiederholung des Vortrags in einer Volksversammlung wurde angekündigt.

* **Mietwucher mit möblierten Zimmern.** Das städtische Wohnungsamt weist erneut darauf hin, daß nach Verordnung vom 2. Januar 1919 jeder Vermieter dem städtischen Wohnungsamt, Gr. Berlin 11, unverzüglich Anzeige erstatten muß, wenn er eine Wohnung an einen neuen Mieter zu höherem Mietpreis vermietet als der alte Mieter gezahlt hat. Dies gilt auch für die Vermietung möblierter Zimmer. Vermieter, die die Anzeige unterlassen haben, wollen sie schleunigst nachholen, um der Bestrafung zu entgehen. Ebenso werden, um dem Mietwucher mit möblierten Zimmern wirksam begegnen zu können, Untermieter, die eine unangemessene Steigerung ihrer Miete, insbesondere auch im Hinblick auf den vom Vermieter selbst an den Hauseigentümer zu zahlenden Mietzins, erfahren, aufgefordert, sachdienliche Mitteilungen an das Wohnungsamt gelangen zu lassen.

Stärkt den Kampffonds!
Denkt an die Sammellisten zur Stadtverordnetenwahl!

---

* **Deutscher Bund für Erziehung und Unterricht.** Von einer Anzahl hiesiger Lehrkräfte an allen Arten von Schulen ist beschlossen worden, in Halle eine Ortsgruppe des Bundes zu begründen. Die Gründungssitzung soll heute um 8 Uhr in der Aula der städtischen Oberrealschule (Staudestraße 1) stattfinden.

* **Stadttheater.** Heute, Dienstag, gelangt Pfitzners Oper Der arme Heinrich zur Aufführung. Mittwoch Nur ein Traum, Lustspiel von Lothar Schmidt. Donnerstag wird Nikolais kom. Oper Die lustigen Weiber von Windsor wiederholt. Freitag gelangt Wildgans' Tragödie Dies irae zur ersten Wiederholung. Sonnabend Die Fledermaus. Sonntag nachmittag Volksvorstellung Ueber unsere Kraft 1. Teil, Schauspiel von Björnson. Sonntag abend Aida von Verdi.

* **Ein 70jähriger geisteskranker Mann wurde in der Nacht** zum Montag in der Trothaer Straße aufgegriffen und der zuständigen Polizeiwache zugeführt. Der Kranke, der sich aus einer Heilanstalt entfernt hatte, wurde durch einen Wärter abgeholt.

Ammendorf. Zur Wiederbelebung der Jugendbewegung findet am Mittwoch, den 12. Februar, abends ½8 Uhr, im Burgschlößchen eine Jugendversammlung statt, zu der alle jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Freunde der Jugendbewegung eingeladen sind.

Döllnitz. Eine Mitgliederversammlung ist am Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal Bad. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Der Distriktsleiter.

Büschdorf-Reideburg. Donnerstag, den 13. d. M., abends 8 Uhr, Distriktssitzung bei Genossen Zschorsch, Büschdorf. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollzähliges Erscheinen der Mitglieder. Der Distriktsführer.

Gröbers. Einbruchsdiebstähle sind im hiesigen Orte in fünf Gehöften verübt worden. Vermutlich hatten die Diebe Kenntnis davon, daß die meisten Ortseinwohner an fraglichem Abende sich in einer Gemeindeversammlung befanden. Gestohlen wurden wertvolle Zuchtgänse und Kaninchen.

Brachstedt. Ein Wahlbündnis mit den Regierungssozialisten haben unsere Brachstedter Genossen bei den Gemeindewahlen beschlossen. Das Abkommen kam zustande in einer Versammlung, die am Freitag von beiden Parteien nach dem Hewaldschen Lokal einberufen worden war. Richter von der Mehrheitspartei sprach über die Aufgabe der sozialdemokratischen Gemeindevertreter. Er führte aus, wir müssen uns unbedingt vereinigen, weil sonst das alte System, nämlich die Erhaltung der alten reaktionären Gewalten in Brachstedt, erhalten bliebe und die große Mehrzahl der Minderbemittelten dadurch rechtlos gemacht würde. Eine Listenverbindung würde auch nicht den gewünschten Erfolg bringen. Nur ein geschlossenes Vorgehen wird uns die erwünschte sozialistische Mehrheit sichern. Daraufhin wurde zur Aufstellung der gemeinsamen Liste geschritten, die folgende Personen in sich vereinigt: 1. Blume, Paul, Lehrer (Mehrheitssoz.), 2. Friedemann, Louis, Maurer (Unabh.), 3. Richter, Friedrich, Schmied (Mehrheitssoz.), 4. Diedrich, Hermann, Arbeiter (Unabh.), 5. Schröter, Reinhold, Gutsbes. (Mehrheitssoz.), 6. Thenerkorn, Richard (keiner Partei), 7. Hedicke, Wilhelm, Gutsarb. (Mehrheitssoz.), 8. Kiesche, Paul, Maurer (parteilos).

In der folgenden Schlußdebatte wurde der Wille der Versammelten dahin festgestellt, daß sie versprachen, eine rege Agitation in der Gemeinde Brachstedt für die sozialistische Liste Blume zu entfalten.

•

Anmerkung der Redaktion. Was unsere Brachstedter Genossen zu dem Abschlusse dieses recht merkwürdigen Wahlabkommens veranlaßt hat, entzieht sich vorläufig noch unserer Kenntnis; es dürfte aber doch wohl nicht ganz überflüssig sein, ihre Gründe dafür kennen zu lernen. Denn auch wenn man in Betracht zieht, daß die Verhältnisse auf dem Lande anders beurteilt sein wollen, als die in den größeren Städten, so scheint uns doch, daß unsere Genossen in Brachstedt bei dem Wahlbündnis mit den Mehrheitssozialisten sich etwas allzu „einigungseifrig“ und vor allem gar zu entgegenkommend — um nicht zu sagen: zu gutmütig — gezeigt haben. Der Beweis dafür ist leicht zu führen: man braucht sich nur das gegenseitige Stimmenverhältnis bei den National- und bei den Preußenwahlen daraufhin anzusehen. Bei den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar erhielt die (unabhängige) Liste Kunert in Brachstedt 206, die Liste Thiele (Regierungssozialist) 102, bei den Preußenwahlen die Liste Hennig (unabhängig) 185, die Liste Garbe (Regierungssozialist) 95 Stimmen. Also die für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei abgegebene Stimmenzahl war in jedem Falle doppelt so hoch wie die auf die Listen der Regierungssozialisten gefallene. Unsere Brachstedter Genossen sind aber nicht nur so bescheiden, sich bei dem Abkommen zu den Gemeindewahlen mit ganzen zwei Mandaten abspeisen zu lassen, während sie den Abhängigen deren 4 einräumen, sie sind obendrein auch noch damit einverstanden, daß sogar zwei „Parteilose“ die gemeinsame Liste zieren. — Das heißt denn doch — wenn man schon einmal glaubt, paktieren zu „müssen“! — die Grundsätze der Demokratie und die Interessen der Partei allzu leichtfertig preisgeben! — Im übrigen steht das Vorgehen unserer Brachstedter Genossen auch nicht im Einklange mit dem auf unserer Bezirkskonferenz gefaßten Beschlusse, in dem ausdrücklich Aufstellung selbständiger Kandidatenlisten unabhängiger Sozialdemokraten empfohlen wird!

Aus der Provinz.

Bauernräte gegen Molkereien.

Seit längerer Zeit streben die Bauern des Kreises Liebenwerda dahin, die Aufhebung des Zwangsanschlusses an die Molkereien zu erzielen. In mehreren Bauernversammlungen forderten sie die sofortige Aufhebung der zwangsweisen Milchabgabe. Am 17. Januar beschlossen mehrere hundert Bauern gegen den Widerspruch der Kreisfettstelle, des Landrates, des Kreisausschusses und des Kreisbauernrats die Oeffnung der Zentrifugen am 1. Februar. Die Versammlung artete in einen Tumult aus, so daß mit Schließung gedroht wurde. Der Kreisbauernrat, ihr selbstgewähltes Organ, wurde niedergebrüllt und ist inzwischen zurückgetreten. Einige Tage später fand abermals eine Beratung statt, wo ein Vertreter der Provinzialfettstelle Magdeburg den Verhandlungen beiwohnte. Alle Abänderungsanträge wurden als unannehmbar bezeichnet. Die Bauern beliben auf ihren Forderungen bestehen und haben als Termin neuerdings den 16. Februar festgesetzt. Alle Instanzen, sogar die Provinzialfettstelle in Magdeburg, waren nicht imstande, dies abzuwenden, sondern haben nunmehr die Genehmigung erteilt.

So hätten also die Bauern gesiegt und ihre Forderungen durchgedrückt. Der Bauernrat von Saxdorf, der die ganze Aktion geführt hat, erläßt Aufrufe an alle Bauern des Kreises, ab 16. Februar keine Milch mehr an die Molkereien zu liefern. Der neue Kreisbauernrat schlägt vor, die Aufbringung der Butter im Umlageverfahren zu sichern. Pro Kuh und Woche sollen ¾ Pfund oder eine entsprechende Milchmenge (1 Pfund Butter gleich 15 Liter Milch) an die Kreisfettstelle abgeliefert werden. Gemeindeweise wird pro Kuh 10 Mark als Sicherheit hinterlegt. Für mangelhafte Ablieferung wird pro Pfund 1 Mark „Strafe“ festgesetzt. Ist diese Garantiesumme aufgebraucht, so gilt die Kuh „je nach Urteil des Bauernrates“ als Schlachtvieh. — Soweit die augenblickliche Lage. Alles ist gespannt, wie die Bauern die Fettversorgung sichern werden. Versprechungen und Versicherungen haben alle abgegeben, nun bleiben noch die Taten.

Schkeuditz. Einer Mehlschiebung ist man hier auf die Spur gekommen. In einem mit Brettern beladenen Eisenbahnwagen aus Bayern ist Mehl versteckt transportiert worden. 3½ Zentner weißes Mehl wurden in der Bahnhofstraße 50a noch vorgefunden. Die Untersuchung ist noch im Gange.

Hettstedt. Verschobene Bürgermeisterwahl. Es hat hier allgemeines Aufsehen erregt, daß auf die Tagesordnung der letzten Stadtverordnetensitzung die Neuwahl eines neuen Bürgermeisters gesetzt worden war, wo doch durch Regierungsverordnung die Erneuerung von Magistratskörpern bis nach den Gemeindewahlen untersagt war. Die Dreiklassenherren hätten gar zu gerne noch kurz vor ihrem Hinauswurf einen ihren spezifischen Besitzinteressen dienenden Bürgermeister ausgewählt; doch es wurde nichts daraus. Mit wehmütigen Worten teilte der Vorsteher-Stellvertreter mit, daß vom Minister des Innern die Verordnung, daß die Stadtverordneten bis zur Neuwahl der neuen Stadtverordneten zwar im Amte bleiben, Wahlen für den Magistrat aber nicht mehr vornehmen dürfen, hier eingegangen sei. Die Verordnung sei vom 1. Febr. gezeichnet. Wohl oder übel mußten die Dreiklassenleute von der Wahl Abstand nehmen, so daß sich die neue Stadtverordnetenversammlung, die ganz sicher ein ganz anderes Gesicht haben wird, gleich nach ihrem Zusammentritt mit dieser wichtigen Frage zu beschäftigen haben wird. Ein Grund mehr, recht eifrig für die Wahl der sozialdemokratischen Liste zu agitieren.

Helfta. Tödlicher Unglücksfall. Der in Gerbstedt beschäftigte Maschinist Karl Müller von hier stürzte beim Schmieren des Dreschapparates ab und erlitt den Tod.

Torgau. Schwurgericht — Volksgericht? Die kürzlich veröffentlichte Spruchliste der Geschworenen für die am 24. Februar beginnende Schwurgerichtsperiode enthält wieder die meist schon bekannten Namen von Rittergutsbesitzern, Fabrikdirektoren, Inspektoren, Amtsvorstehern, Kaufleuten und sonstigen gehobenen Berufen. Ein Arbeiter oder Angestellter ist auch diesmal, drei Monate nach der Revolution, nicht zum Richteramt berufen worden. Die Arbeiter, die die Revolution gemacht haben, sind auch in der „sozialistischen“ Republik nur Objekte der Rechtsprechung. Von der Verwirklichung unserer Programmforderung „Wahl der Richter durch das Volk“ sind wir unter der Regierung eines „sozialdemokratischen“ Justizministers noch weit entfernt.

Mühlberg. Die „Stadtväter“ fanden sich am letzten Freitag nochmals zusammen, um eine „kurze“ Tagesordnung zu erledigen. Die Verhandlung artete aber zu einer Dauersitzung aus. Als die Mitternachtsstunde schlug, wurde das Protokoll unterschrieben. Langweilig wurde die Verhandlung über die frühere Elektrizitätswerksache, die zeitweilig in persönliche Auseinandersetzungen ausartete, geführt. Man beschloß, die Sache „auf sich beruhen“ zu lassen. Die ganze Aktion, die sich meist gegen den Bürgermeister richtete, schien sich auf den Urheber abzuspiegeln. Der Kern der Sache blieb unentdeckt. Doch den Vogel schoß unbestreitbar der Vorsteher Teiche ab. Anstatt daß er dem alten volksfeindlichen Dreiklassensystem die verdiente Leichenpredigt gehalten hätte, versuchte er es eingangs durch einen Antrag, der zum Ziele hatte, gegen die Regierungsverfügung wegen der „ungesetzlichen“ Auflösung aller Stadt- und Gemeindeverwaltungen zu protestieren. Genosse Naumann trat ihm scharf entgegen und kennzeichnete diese volksfeindliche Absicht. Mit 6 gegen 5 Stimmen wurde der schändliche Versuch abgetan. Einwohner, merkt euch solches Verhalten. Herr Teiche ist vom Bürgertum wieder aufgestellt.

Bernburg. Zwischen die Puffer geraten ist der 29jährige Arbeiter Lehmann, der auf dem Anschlußgleis der Solvaywerke mit dem Zusammenkoppeln von Eisenbahnwagen beschäftigt war. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach seiner Einlieferung ins Kreiskrankenhaus starb.

Bekanntmachung.

Dem Kommunalverbande ist von der Heeresverwaltung wiederum eine kleine Menge **Stroh**, sowie eine kleine Menge nicht ganz vollwertigen **Heues** überlassen worden. Zuteilungen hieraus sollen in erster Linie an Gewerbetreibende, die selbst kein Stroh oder Heu geerntet haben, erfolgen. 5136

Anträge auf Zuweisung sind umgehend und zwar persönlich unter Vorlegung einer Bescheinigung des Gemeindevorstehers darüber, daß Antragsteller im Besitze von Pferden ist und kein Heu und Stroh geerntet hat, an diesseitiger Amtsstelle zu stellen, da die Abfuhr noch bis Ende dieser Woche erfolgt sein muß.

Halle, den 10. Februar 1919.

Der Landrat des Saalkreises.
von Krosigk.

Bohnenstangen, Ia gesunde Ware, 3—4 Mtr. lang, jedes Quantum unter Tagespr. verk. v. Wiesenthal, Gr. Gosenstr. 28, pt. [5110

Pfänder nach dem Leihamt werden diskret besorgt. Vorschuß jederzeit. Frau Lutze (fr. Wwe. Just), Mühlberg Nr. 3, p. l. Den ganzen Tag zu sprechen. 5130

Hasen-, Kanin- und andere Sorten Felle kauft zu **höchsten Preisen** **A. Weise,** Rannischestr. 1. Tel. 1667. 4862

Konfirmanden-Album
25 neue Vorlagen für Kleider, Jacken und Wäsche.
Preis 75 Pfg., Porto 5 Pfg.
Zu beziehen durch die Volks-Buchhandlung, Halle a. S.

Stotterer erhalten gratis meine Broschüre über die Ursache des Stotterns und die Beseitigung desselben ohne Berufsstörung (D. R. P.) Die Zusendung erfolgt sofort in Kuvert ohne Firma vollständig kostenlos. H. Steinmeier, Hagenburg (Sch.-Lippe). *3050

Altmöbel-Verwertung 3. Moritzzwinger 3. Auswahl in Einzelmöbel für Schlafzimmer Wohnzimmer [illegible]

Männer-Gesangs-Quartett empfiehlt sich zu Vereinsfestlichkeiten 2c. Offert. unt. V. H. 301 an die Expedition dieser Zeitung erbeten. [5122

Fast neuer Ueberzieher für 14jähr. Knaben zu verk. Rud. Haymstr. 3 II r. 5116

Militärschuhe, neu, Nr. 28, Weite 5, gegen Zivilschuhe, Nr. 43, umzut., Mitt. 12-2. Gr. Brauhausstr. 19, Hof 1 r. [5114

Kurz. schw. Ulster, mittl. Fig., 1 P. Schaftstiefeln, Gr. 43, b. z. verk. Unterplan 7, H. p. r. 5137

Junger, schlanker Kaufmann sucht schwarzen od. dunklen Sonntagsanzug, evtl. Geh-[illegible] zu kaufen. Preisofferte [illegible] Exp. d. Bl. 5108

Normalwäsche, Strickwesten, Barchend- und Konfirmandenstoffe bietet an 5138 **S. Blетzky, Partiewaren,** Leipzigerstr. 103. Kein Laden. 1 Treppe.

Schulbücher aller Art Tafeln, Schiefer, Federkästen, Bleie, Zeichenblocks, Zeichenständer, Tornister 2c. Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung,** Halle a. S., Harz 42 44.

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandlung

Wohnungs-Anzeigen.

Welcher Genosse hat zum 1. April 5113 **Wohnung zu vermieten?** 2 Stuben, Kammer, Küche, und Zubehör. Offerten unter V. H. 618 an die Expedition dieses Blattes.

Jg. Kaufmann, am 15. dies. Mts. hier Stellung nehmend, sucht zu sofort **möbliert. Zimmer** od. eventl. vorläufige Schlafstelle als Alleinmieter, Nähe Hauptbahnhof erwünscht. Gefl. Offerten unter E. M. erbeten an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 5125

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190211-18/fragment/page=0003

Amtliche Bekanntmachungen.

Städtischer Verkauf von Speisefett
in der Talamtschule, am Mittwoch, den 12. Februar 1919.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 4001—5500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 5501—8000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 55 Gramm zum Preise von 30 Pfg. abgegeben.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten. Gefäße sind mitzubringen.

Halle, den 11. Februar 1919. **Der Magistrat.**

Der Verkauf von Quark

erfolgt am Mittwoch, den 12. Februar 1919, auf den Abschnitt 9 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Schenkling, Forsterstr. 38, Molkerei Merbitz, Freiimfelderstraße 8 und Milchhändlerin Meinhardt, Große Brunnenstr. 36. Auf jeden Abschnitt wird ⅛ Pfund abgegeben. Die Abschnitte sind bis 15. Februar abzuliefern.

Halle, den 11. Februar 1919. **Der Magistrat.**

Seefisch-Verkauf.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept. und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen Seefische wie folgt geregelt:

Der Verkauf wird am Mittwoch früh in den einschlägigen bekannten Geschäften fortgesetzt. Für jede Person eines Haushaltes kann ca. ein halbes Pfund abgegeben werden. Die Preise der einzelnen Sorten sind in den Geschäften deutlich sichtbar angebracht. Der Verkauf erfolgt auf Warenbezugsschein 18, Abschnitt 250. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine der Nummern 8001—9000 und 63 001—65 000.

Wegen Papiermangels wird das Publikum ersucht, Papier oder Taschen, Netze, Körbe usw. mitzubringen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Abschnitte 250 der Warenbezugsscheine 18 abzutrennen und zu Hunderten gebündelt im Stadt-Ernährungsamt, Zimmer 11, binnen fünf Tagen abzuliefern.

Zuwiderhandlungen werden gemäß der eingangs erwähnten Bundesratsverordnung bestraft. Auch kann die Schließung des Geschäftes oder die Entziehung des weiteren Verkaufs der städtischen Ware verfügt werden.

Halle, den 11. Februar 1919. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept. und 4. November 1915 wird der Verkauf von **Kunsthonig** wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am Mittwoch, den 12. Februar 1919. Für jede Person eines Haushaltes kann ½ Pfund verabfolgt werden. Der Verkaufspreis beträgt für lose Ware 78 und für Paketware 80 Pfg. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern den Kunsthonig einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 267 des Warenbezugsscheines 19 zu erfolgen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, I. Obergeschoß (Saal links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept. und 4. Nov. 1915.

Halle, den 11. Februar 1919. **Der Magistrat.**

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, am Mittwoch, den 12., und Donnerstag, den 13. Februar 1919, die für diese Woche zum Verkauf gelangenden **Graupen** bei den von ihnen gewählten Großfirmen abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 11. Februar 1919. **Der Magistrat.**

Die Bekanntmachung vom 6. d. Mts. ist so aufzufassen, daß **Haushaltungen und Gewerbe**, deren Kohlenkarten und Bezugscheine noch nicht beliefert worden sind, besondere Anträge in der Ortskohlenstelle **nicht** zu stellen brauchen.

Die Belieferung durch die Händler erfolgt ohne weiteres auf Veranlassung der Ortskohlenstelle, wobei jetzt die Dringlichkeit möglichst berücksichtigt wird.

In dringenden Fällen und bei Zuzug sind Anträge auf Bezugscheine und neue Kohlenkarten nur an den Tagen in der Ortskohlenstelle anzubringen, an welchen die betreffenden Haushaltungen Brotmarken erhalten, um den ganz unnötigen Massenandrang für die Zukunft im Interesse der Bevölkerung zu vermeiden.

Halle, den 10. Februar 1919. **Die Ortskohlenstelle.**

Auf dem Stadtgottesacker befinden sich folgende Erbbegräbnisstellen schon seit langer Zeit ohne Pflege:

Nr. 2571, am 11. Juni 1892 an Witwe Berta Rudloff geb. Buchardt verliehen,
Nr. 127, am 9. Juli 1832 an Witwe Fischer verliehen,
Nr. 482, am 30. April 1833 an den Gärtner und Hausbesitzer Friedrich Nietzschmann verliehen,
Nr. 525, am 23. September 1854 an Fräulein Karoline Fischer verliehen,
Nr. 341/42, am 17. Mai 1864 an den Kaufmann Julius Wintzer verliehen,
Nr. 431, 434 und 435, am 13. September 1851 an den Kaufmann Krammisch verliehen und
Nr. 1717/18, am 28. Juni 1875 an Frau verw. Kaufmann Auguste Krammisch verliehen.

Die berechtigten Inhaber dieser Grabstellen werden ersucht, ihren Verpflichtungen zur ordnungsmäßigen Instandsetzung der Grabstätten bis zum 1. April 1919 nachzukommen, widrigenfalls die Stellen mit allem Zubehör zur Wiederbelegung eingezogen werden.

Halle, den 4. Februar 1919. **Der Magistrat.**

Merseburg.

Roßfleisch- und Fleischwarenverkauf

findet am 11. Februar 1919,
bei Hoffmann, Brühl 6:

nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungs-Nrn.		301 — 400
„ „ 3—4 „ „ „ „ „		401 — 500
„ „ 4—5 „ „ „ „ „		501 — 600

bei Naundorf, Oberbreitestr. 4:

nachm. von 1—2 Uhr auf die Ordnungs-Nrn.	601 — 700
„ „ 2—3 „ „ „ „ „	701 — 800
„ „ 3—4 „ „ „ „ „	801 — 900

bei Mäbius, Tiefer Keller 1:

nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungs-Nrn.	901—1000
„ „ 3—4 „ „ „ „ „	1001—1100
„ „ 4—5 „ „ „ „ „	1101—1200

statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 10. Februar 1919.
L. A. I. 160/19. **Das städt. Lebensmittelamt.**

Ansichtskarten

empfiehlt die Volksbuchhandlung, Harz 42|44.

Grosse Posten

Faserstoffe und die daraus gefertigten Artikel

bringen wir sämtlich

weit unter Einkaufspreis

zum Verkauf.

Besonders empfehlen:

Handtücher gesäumt,	Stück 1,50 1,25	95 Pfg.
Wischtücher weiss-blau-kariert . .	Stück	68 Pfg.
Hausschürzen	Stück 4,15	3⁷⁵
Trägerschürzen	Stück 10,25 8,75	7⁷⁵

Geschäftshaus **J. Lewin** Halle (Saale).

Delitzsch.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 4. d. Mts., Verkauf von Nährmitteln betr., ersuchen wir diejenigen Personen, die auf Abschnitt Nr. 14 letzten Freitag und Sonnabend noch nichts erhalten haben sollten, sich am **Mittwoch, den 12. Februar**, bei **Ammich, Pernitzsch, Reime** und **Spiegler** auf je einen noch unbelieferten Abschnitt Nr. 14

1 Paket = 250 Gr. Hohenloher Gerstenmehl für 40 Pfg.

abzuholen. Von Donnerstag früh ab werden dann die Restbestände von dem **Gerstenmehl** in den 4 Drogerien freihändig abgegeben. *3054

Delitzsch, den 11. Februar 1919. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 11 und 17 der Bundesratsverordnung vom 18. Juli 1918 (R.G.Bl. S. 738) in Verbindung mit § 13 der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 (R.G.Bl. S. 607) in der Fassung der Novelle vom 4. September 1915 (R.G.Bl. S. 728) wird auf Anordnung der Provinzial-Kartoffelstelle zu Magdeburg hierdurch für den Umfang des Saalkreises folgendes angeordnet:

§ 1.

Jeder Kartoffelerzeuger hat bis zum 20. Februar 1919 dem Kreisausschuß die genaue Anzahl seiner Kartoffelmieten und die Länge jeder einzelnen von ihnen anzuzeigen.

§ 2.

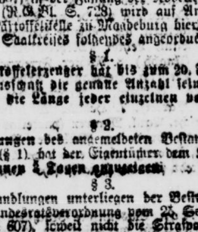
Veränderungen des angemeldeten Bestandes an Kartoffelmieten (§ 1) hat der Eigentümer dem **Kreisausschuß** jedesmal **binnen 3 Tagen anzuzeigen.**

§ 3.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung gemäß § 17 der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 (R.G.Bl. S. 607), soweit nicht die Strafvorschriften des § 18 der Bundesratsverordnung vom 18. Juli 1918 (R.G.Bl. S. 738) Platz greifen. Außerdem verfallen nicht angemeldete Kartoffelmieten dem Kommunalverbande ohne Zahlung einer Entschädigung.

Halle, den 8. Februar 1919. 5108

Der Kreisausschuß des Saalkreises. von Krosigk.



5106

Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

Böttcherei A. Hoske

Meckelstraße 5 Brunoswarte 23 Lessingstraße 32

Größtes Lager von Waschgefäßen aller Art.

Reparaturen

dauerhaft und billig. Freies Abholen und Zustellen. Eigenes Geschirr über Land. 4124

Rauchtabak (feinste Qualität) gibt preiswert ab 5123

Burgstr. 7, Ecke Brunnenstr.

Artisten-Vereinigung :: Halle (S.)

Allen werten Gastwirten und Vereinen zur gefälligen Kenntnis, daß sich unser Vereinslokal jetzt in 5127

Kitzlers Kaffee u. Restaurant, Martinstr. 7, Ecke Augustastr.

befindet. Sitzung: Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr. Werte Aufträge für Humoristen, Duette, Klavierspieler usw., dorthin erbeten. **Artisten-Vereinigung.**

Voranzeige.

Kaffeegarten Trotha.

Sonnabend, den 15. Februar 1919:

Grosser Eröffnungs-Ball

im renovierten grossen Saale, 5119
Volles Orchester der Musik-Kapelle 36.

:: Wilsdorfs Gesellschaftshaus ::

Karlstrasse 14. 5118

Mittwoch, den 12. Februar, abends 6 Uhr:

Oeffentliches Tanzkränzchen.

Schützenhaus Ammendorf

Mittwoch: Große Ballmusik. Kapelle Orlach 15 Mann stark. 5093

Wansleben, Seebad.

Mittwoch, 12. Februar, abends 8 Uhr:

Großes Militär-Freikonzert,

ausgeführt vom Konzertorchester Eisleben.

Nachdem: **Gr. BALL.**

Es laden ergebenst ein

Fiskert, Kapellmeister. *3052 O. Kretzmann, Gastwirt.

Ausprobiert gute Straßenbesen,

elastisch haltbarer als Piassava.
:: nass und trocken verwendbar. ::

à Stück 5.60 Mk. *3979

bei **Otto Renner, Merseburg,**

Fernspr. 509. Markt 18. Fernspr. 509.

Schmücken Sie Ihren Hut mit meinen echten Straussfedern

„Brunhilde".

Der reiz. einzig feine Damenhutputz, Sommer und Winter immer modern, fertig zum Selbstaufstecken. [*3049

Ich liefere unter Nachnahme in schwarz und weiss.

Länge ca. 36 cm,	Breite ca. 13 cm,	zu 3.25
„ „ 39 „	„ „ 15 „	„ 4.50
„ „ 46 „	„ „ 17 „	„ 8.00

Zurücknahme nach 8tägiger Probe!

Pracht-Katalog. Grösste Auswahl in Straußfedern, Straußfed.-Kränze, Halsrüsch., Reiher, versende an jedermann umsonst.

Ernst Lange, Straussfedern-Spezialhaus, **Düsseldorf,** Arnoldstr. 21 a.

Kein Ladengeschäft. Versand direkt ab Lager!

Man bestelle per Postkarte. Viele tausende Dankschreiben.

Flechten, Wunden, offene Füsse, Krampfaderleiden, heilt sogar in verzweifelten Fällen mit oft überraschend. Erfolg die hautbildende schmerz- und juckreizstillende „Vater Philipp-Salbe". Preis 1,80 und 3,50 M.; erhältlich in Apotheken. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei *3388

Tutogen-Laboratorium, Szittkehmen-Rominten. 125

Platt-, Senk- und Hohlfuss-Stütz-Einlagen.

Ferner: 4766
Fersen-Einlagen.
Mittel geg. Ballen, Schwielen Hornhaut und Hühneraugen

C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstr. 41.

Pferde zum Schlachten

kauft ständig jede Anzahl.
Bei Notschlachtungen schnellste Bedienung.

Max Zaubitzer,
*2781 Steinweg 52.
Fernruf 3515.

Ziehung 26. Februar

Kreuznach. Los 1 M.

Porto u. Liste 45 Pfg. extra
5 Kreuznach. 5.25 Mk.
mit Porto u. Liste
11 Kreuznach 10.– M.
in Glücksauswahl
4756 Gewinne

90000
30000
10000
5000

A. Eulenberg Jr.
Elberfeld Nr. 27
Lotto bekannt
*3066

Karbid auch 5050 markenfrei
Bönicke, Bodestr. 23. Tel. 5130.

Vereins-Anzeiger

z. Veröffentlichung periodisch wiederkehrender

Veranstaltungen

der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.
Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeit.-Sänger-Chor

Freitag

Keine Singestunde.

Frauen- und Mädchenchor.

Mittwoch um 8¼ Uhr im Volkspark Singestunde.

Turnverein Fichte

Turnstunden finden in der Oberrealschule, Staudestraße, statt.

Männer-Abteilung: Dienstags und Freitags, abends 8 bis 10 Uhr.

Turnerinnen-Abteilung: Mittwochs, abds. 8—10 Uhr.

Mittwoch, den 12. Februar, abends 7 Uhr: Vorstands- u. Vorturner-Sitzung b. Schade, Bertramstraße.

Aufnahmen werden jederzeit entgegengenommen.

Arb.-Touristen-Verein „Die Naturfreunde."

Vereinsabend: Dienstag nach dem 1. u. 15. i. Riebeck-Bräu.

Sonntag, den 16. Februar: Heide — Saaletal zum Naturfreundehaus im Bad Neu-Ragoczy. Abmarsch 8 Uhr von der Peißnitzbrücke.

Dienstag, den 18. Februar, abds. 7 Uhr: Zusammenkunft.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität (Ortsgruppe Halle a. S.). Jeden letzten Freitag im Monat i. Volkspark: Versammlung, abds. 7½ Uhr.

Sonnabend den 15. Febr., abends 6 Uhr: Fastnachts-Kränzchen in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstraße.

Nächste Versammlung Freitag den 28. Februar im Gewerkschaftshaus.

I. Athletenklub von 1890 in Halle a. d. Saale.

Vereinslokal: Gold. Kette. Freitag abd.: Uebungsstunde

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621919021l-18/fragment/page=0004

Die Gemeindewahlen.

Merkblatt für die Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen.

Jedes Dorf und jede Stadt hat nach gesetzkräftiger Verordnung der vorläufigen preußischen Regierung jetzt an einem Sonntage — spätestens am 2. März — ei..e Neuwahl zur Gemeindevertretung (Stadtverordneten-Versammlung) vorzunehmen. Die Vorbereitung der Wahlen liegt in den Händen des Magistrats oder des Gemeindevorstandes jeder Stadt und jedes Dorfes.

In den bisherigen Gemeindevertretungen (Stadtverordneten-Versammlungen), hervorgegangen aus Klassenwahlen, war eine örtliche Oberschicht in der Lage, die Gemeindepolitik in ihrem Sinne zu treiben und die Förderung des Gemeindewohls der Förderung ihrer Sonderinteressen nachzusetzen und dadurch die ganze Gemeinde, den Mittelstand und die Arbeiterschaft zu benachteiligen. Der weitaus überwiegende Teil des Volkes will, daß das anders wird. Die Regierung hat das auch in ihren Verfügungen, die die örtlichen Neuwahlen betreffen, zum Ausdruck gebracht.

Allen Gemeindevorständen und Magistraten sind diese Verfügungen zugegangen. Da aber mancher Magistrat und mancher Gemeindevorstand ein Interesse daran hat, daß alles beim Alten bleibt, unterläßt er es, die Neuwahlen vorzubereiten! Deshalb ist es notwendig, daß jeder Staatsbürger in Dorf **und Stadt weiß:**

1. In jedem Orte muß an einem Sonntage, spätestens am 2. März, eine Neuwahl der Gemeindevertretung (Stadtverordneten-Versammlung) vorgenommen werden.

2. Wer am 26. Januar am Orte zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung wählen durfte, ist auch jetzt wahlberechtigt.

3. Wähler und Wählerinnen haben genau dasselbe zu tun, was sie am 19. und am 26. Januar taten: Den Zettel, der die Namen der Personen, die sie wählen wollen, trägt, in den amtlichen Wahlbriefumschlag zu stecken und sonst auch genau so zu verfahren wie am 19. und am 26. Januar.

4. Der 2. März ist der letzte Tag, an dem die Wahl vorgenommen werden kann. Spätestens 14 Tage vorher muß der Wahlvorstand, der aus Gemeindevorstands- (Magistrats-) Mitgliedern und Gemeindevertretern (Stadtverordneten) besteht, vor die Oeffentlichkeit treten, indem er eine Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen bekanntgibt.

5. Die bisherigen Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenkollegien sind spätestens mit dem 2. März aufgelöst. Tritt keine Neuwahl ein, so stehen die Orte, die sich von den jetzigen Spitzen die Unterlassung der Neuwahlvorbereitung bieten lassen, ohne jede gesetzliche Vertretung da, und sie laufen Gefahr, bei der Neuregelung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ihren Vorteil nicht wahrnehmen zu können. Kurzsichtige Ortsbehörden können so — indem sie sich in entscheidender Stunde selbst ausschalten — die Zukunft der durch sie geleiteten Städte und Dörfer aufs Spiel setzen.

Staatsbürger in Stadt und Dorf! Fordert in euren Orten die Vorbereitung der Wahl! Wo Gefahr vorliegt, daß diese unterbleibt, melde man das sofort dem Bezirks-Arbeiter- und Soldaten-Rat Merseburg.

6. **Auf den Zetteln, die am 19. und am 26. Januar zur Wahl benutzt wurden, stand eine Reihe von Namen.** Auch jetzt zur Gemeindevertreterwahl, werden wieder solche Zettel mit einer Reihe von Namen benutzt. Der Unterschied besteht aber darin: **Die Zettel zu den Wahlen am 19. und am 26. Januar wurden fast überall von auswärts in die Dörfer und Städte geschickt. Die Personen, die darauf verzeichnet waren,** waren nur ausnahmsweise Ortsangehörige, fast ausnahmslos Fremde, und Ortsangehörige waren nur ausnahmsweise bei der Aufstellung der Listen beteiligt gewesen. Diesmal ist das anders: Die Einwohnerschaft selbst muß Listen aufstellen und zur Wahl Stimmzettel drucken lassen oder schreiben (hektographieren) und verteilen, und die Leute, die die Liste nennt, müssen ohne Ausnahme Ortsangehörige sein. Wer wählen darf, kann auch gewählt werden, kann also auch mit auf eine Liste gesetzt werden.

Keine Stimme den Interessentenlisten örtlicher Hausbesitzer, Gewerbe-, Beamten- oder sonstiger Vereine! Arbeiter, Angestellte, Bauern, Beamte, Dienstboten, Gewerbetreibende und Handwerker wählen die Listen der revolutionären Sozialdemokratie!

Jede Auskunft über das Wahlrecht wird von uns erteilt!

Merseburg, den 7. Februar 1919.

Bezirks-Arbeiter- und Soldaten-Rat Merseburg.

Muster für die Einreichung der Wahlvorschläge.

Kl.-Kugel, den 7. Februar 1919.

An den Gemeindevorstand der Gemeinde
Kl.-Kugel (Saalkreis).

Unterzeichnete bringen folgende Wähler als Kandidaten für die Gemeinderatswahl der Gemeinde Kl.-Kugel (Saalkreis) in Vorschlag:

1. **Bautze, Karl, Maurer,**
2. **Sperling, Albert, Schmied,**
3. **Klingler, Wilhelm,** Arbeiter,
4. **Rasch, Wilhelm,** Schlosser,
5. **Kamm, Wilhelm,** Arbeiter,
6. **Damm, Otto,** Dreher,
7. **Scheibe, Bruno,** Eisenbahner,
8. **Kleinschwager, Wilhelm,** Geschirrführer,
9. **Jubel, Paul,** Eisenbahner.

Vertrauensmann der nachfolgenden Wahlberechtigten ist Herr Konrad Müller, Arbeiter, Kl.-Kugel.

Nun folgen 90 Unterschriften von wahlberechtigten Männern oder Frauen der betreffenden Gemeinde. Dem Wahlvorschlage ist beizufügen für jeden der Kandidaten eine Zustimmungs-Erklärung seinerseits, die folgendermaßen lautet:

Erklärung.

Ich erkläre hiermit, daß ich dem Wahlvorschlage des Herrn (Name des Vertrauensmannes) zustimme und die Kandidatur für die Gemeinderatswahl annehme.

Name: Damm, Otto, Dreher.
Wohnort: Kl.-Kugel.

Beizufügen ist eine amtliche Erklärung des Gemeindevorstehers, daß der betr. Kandidat in der Wählerliste steht:

Unterzeichnete Behörde bestätigt, daß

Herr Otto Damm, Dreher, wohnhaft in Kl.-Kugel, in der Wählerliste zur Gemeinderatswahl eingetragen und wählbar ist.

Stempel; **Unterschrift:**

Der Landrat des Saalkreises empfiehlt in einem Rundschreiben den Gemeindevertretungen, die Wahlen in sämtlichen Gemeinden des Kreises einheitlich am **Sonntag, den 2. März,** vorzunehmen. Den bisherigen Gemeindevertretungen, **die die Wahlen vorzubereiten haben, wird ferner** empfohlen, zu Beisitzern für den Wahlvorstand je einen Vertreter der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Parteien zu wählen. Die Neuwahl bezieht sich nur auf die gewählten Gemeindeverordneten, nicht aber auf die Mitglieder des Gemeindevorstandes (Gemeindevorsteher und Schöffen). Diese bleiben ebenso wie die Mitglieder der Magistrate in ihren Aemtern. Unsere Parteigenossen müssen allerwärts darauf dringen, daß auch ein Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie in den Wahlvorstand gewählt wird.

Zur Wahltaktik.

Auf der Konferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für den Bezirk Merseburg, auf welcher auch die Wahltaktik eingehend erörtert wurde, wurden folgende Richtlinien für die Gemeindewahlen aufgestellt:

„Ganz unabhängig von der Stellungnahme anderer Parteien empfiehlt die Bezirkskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratie allen lokalen Organisationen bei den Gemeindewahlen Aufstellung selbständiger Kandidatenlisten unabhängiger Sozialdemokraten. Jedoch kann Verbindung dieser selbständigen Liste mit der selbständigen Liste der Rechtssozialisten für die Auszählung der Stimmen erfolgen. Wie der Wahlkampf geführt wird, bleibt im Hinblick auf ein späteres Zusammenwirken den örtlichen Organisationen überlassen."

Gewisse Vorkommnisse lassen es geboten erscheinen, diesem einstimmig gefaßten Beschluß unseren Genossen nochmals nachdrücklichst in Erinnerung zu bringen.

Hettstedt. Die Neuwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung finden am Sonntag, den 23. Februar, von 9 Uhr vormittags bis abends 8 Uhr in denselben Wahllokalen wie die Wahlen zur deutschen und preußischen Nationalversammlung statt. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat folgende Genossen als Kandidaten aufgestellt: Maurer Otto Hildebrandt, Tischler Gustav Steinweg, Maurer Franz Gebhardt, Bergmann Karl Halle, Bureauvorsteher Wilhelm Michael, Bergmann Wilhelm Herrmann, Militärinvalide August Lieder, Bergmann Wilhelm Rößler, Frau Loose, Kaufmann Ernst Kunze, Kaufmann Rosenberg, Messingwerkarbeiter Rudolf Schreiber, Steiger Kaufmann, Spediteur Udo Gottschalk, Bergmann Otto Reck, Messingwerkarbeiter Friedrich Dreißigacker, Gießer Karl Stedtler, Maschinenschlosser Otto Einicke, Bergmann Franz Behling, Tischler Hermann Kohlberg, Bergmann Franz Bielert, Bergmann Gustav Graf, Schlosser Albert Lange, Lagerhalter Fritz Zörner.

Groß-Leinungen. Zur Aufklärung über die Bedeutung der Gemeinderatswahlen fand hier am vergangenen Freitag eine gutbesuchte Einwohnerversammlung statt. Genosse Wolff sprach über die Gemeinderatswahlen und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Redner sprach über die Aufgaben der Gemeindevertreter und stellte den Landarbeitern und kleinen Bauern anheim, sich der U. S. P. anzuschließen. In der Diskussion versuchte ein Regierungssozialist im Trüben fischen zu können, indem er das Märchen von den hohen Löhnen der Arbeiter hervorkramte und daß die Arbeiter durch ihre Streikerei Deutschland zum Ruin brächten. Genosse Wolff stellte die Vorwürfe richtig und forderte die Anwesenden auf, sich nicht in zwei Parteien zu zersplittern, sondern sich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei anzuschließen, da nur diese allein die Interessen der Arbeiter und Bauern energisch vertritt.

Torgau. Mit der Aufstellung der Kandidatenliste für die Stadtverordnetenwahlen beschäftigte sich eine Parteiversammlung. Unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse wurde beschlossen, eine gemeinsame Liste beider Parteien einzureichen, und zwar werden aufgestellt von unserer Partei 20 und von den Regierungssozialisten 10 Genossen. Es sind dieses: Former Karl Hanke, Kaufmann Paul Becker, Bureaugehilfe Hermann Alpers, Witwe Ida Voigt, Schriftsetzer Albert Kroll, Zimmermann Emil Schröder, Kernmacher Karl Fischer, Lohndiener August Weber, Zigarrenmacher Paul Pfitzner, Schneidermeister Hermann Leich, Maschinenmeister Max Lifting, Privatangestellter Rudolf Wunderwald, Maurer August Dittmar, Maschinenbauer Walter Klotzsch, Schiffer Otto Lüttke, Modelltischler Gustav Thiele, Maschinist Gustav Köhler, Lokomotivführer Gustav Dienst, Maurer Thilo Dietrich, Arbeiter Josef Schneider, Arbeiter Richard Elsing, Restaurateur Paul Bründisch, Malermeister Oskar Sprewitz, Arbeiter Hermann Rohrbach, Kellermeister Otto Kreißig, Zimmerpolier Richard Winkler, Arbeiter Ernst Reißaus, Frau Berta Rößler, Zigarrenmacher Reinhold Fischer, Frau Anna Liesenberg. Am Mittwoch fand alsdann eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Gen. Hanke Bericht erstattete über die stattgefundene Tagung der Arbeiter- und Soldatenräte. Den zweiten Teil des Abends füllte Gen. Stadtrat Becker mit einem Referat über die Aufgaben eines Stadtparlaments aus. Daß er hierbei auch der Taten in der bisherigen Dreiklassenstube gedachte, versteht sich wohl von selbst. So erwähnte er die äußerst billige Verpachtung der der Stadt gehörigen Ländereien (ungefähr 600 Morgen). Die bisherigen Pächter sind durchweg die größeren Stadtgutsbesitzer. Die Preise, die für den Morgen an Pacht bezahlt werden, betragen zehn Mark. (!) Es ist der Fall zu verzeichnen, daß selbst bei bedeutend höher gebotenen Pachtpreisen die Ländereien immer in denselben Händen verblieben. Weiter wandte sich Redner der Wohnungsfrage und der Bekämpfung der Tuberkulose zu. So seien z. B. die von der Stadt **im ehemals Langwehrschen Ziegeleiofen eingerichteten Wohnungen in gesundheitlicher Beziehung als einwandfrei ganz und gar nicht zu bezeichnen. Weiter besitzt die Stadt ein Gas- und Elektrizitätswerk, das einen jährlichen Ueberschuß von über 90 000 Mk. aufzuweisen hat.** Anstatt nun eine derartige Geldquelle in eigene Regie zu übernehmen, verpachtet man selbige und füllt den Aktionären, unter welchen auch bisherige „Stadtväter" sich befanden, die Taschen. Und so sei noch vieles zu erwähnen. An den Wählern und Wählerinnen liegt es nun, am 2. März zu beweisen, daß sie mit den bisherigen Zuständen absolut nicht einverstanden sind. In der Aussprache trat Genossin Till für die Schaffung eines Volksbades und für gesunde Wohnungen ein, während Genosse Locinski für die Beibehaltung der A.- und S.-Räte war. Gerade auf Grund der Zusammensetzung der Nationalversammlung sei dieses notwendig. Genosse Kroll bezeichnete das Verhalten der mittleren und kleineren Beamten sowie der Staatsarbeiter gegenüber der Sozialdemokratie, entgegen in anderen Städten, als unverständlich. Es sei eben immer noch der alte Kastengeist vorhanden und hätten diese Leute durch die Revolution durchaus noch nicht gelernt, wo sie eigentlich hingehören. Hinweg mit dem Kastengeist und Anschluß gesucht bei der Sozialdemokratie!

Zeckritz-Zschackau. Zu den Gemeindevertreterwahlen für unsere beiden Dörfer wurde in gutbesuchter Versammlung Stellung genommen. Genosse Kroll-Torgau schilderte die Wichtigkeit der Wahlen. Es wurde beschlossen, eine eigene Liste aufzustellen und auf keine Kompromisse einzugehen. Mit der Bekanntgabe der Wahlvorschläge fand die Versammlung ihr Ende. Um dem Volksblatt eine größere Verbreitung zu sichern und um eine schnellere Zustellung zu erreichen, wurde eine Genossin als Zeitungsausträgerin bestellt.

Elsterwerda. Mit der Aufstellung der Kandidatenliste für die Stadtverordnetenwahlen beschäftigte sich eine am Sonntag abgehaltene starkbesuchte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins der U. S. P. Nach einigen Erläuterungen über die Stadtverordnetenwahlen wurde die Reihenfolge der aufzustellenden Kandidaten durch Abstimmung von der Versammlung bestimmt und folgende Liste aufgestellt: 1. Oskar Walther, Ofensetzer, 2. Hugo Vogel, Former, 3. Adolf Schöne, Schuhmacher, 4. Paul Schäfer, Former, 5. Paul Rösler, Zugschaffner, 6. Frau Elsa Golles, Hausfrau, 7. Alwin Dackert, Lagerhalter, 8. Richard Kießler, Schmied, 9. Eduard Müller, Schneidemühlenbesitzer, 10. Hermann Dietrich, Former, 11. Hermann Schiemangk, Zimmermann, 12. Alfred Günther, Metallarbeiter, 13. Hermann Zeidler, Maurer, 14. Oswald Hofmann, Schmied, 15. Paul Wojt, Maschinist, 16. Richard Salig, Maler, 17. Albert Glaser, Metallarbeiter, 18. Richard Helemann, Metallarbeiter.

Biehla. Die Gemeindevertretung setzte als Termin für die Neuwahl der Vertreter den 2. März fest. Die bisherige Vertreterzahl beträgt 9, sie wurde auf 15 erhöht.

Jeßnitz. Aufstellung der Stadtverordnetenkandidaten. Am Donnerstag fand im Volkshaus eine Versammlung der U. S. P., Ortsgruppe Jeßnitz, statt. Anwesend waren etwa 300 Personen. In einem etwa einstündigen Vortrage legte Genosse Kindler die Schandtaten, welche die Regierung Ebert-Scheidemann-Noske verübt hat, um das Proletariat wieder in die Arme des Kapitalismus zu treiben, auseinander. In der Diskussion bekräftigten und ergänzten die Genossen Schunk und Klotsch diese Ausführungen. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Die Frage der Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl rief eine lebhafte Diskussion hervor. Schließlich einigte sich die Versammlung dahin, daß diejenigen, welche der U. S. P. noch nicht beitreten wollen, den Saal zu verlassen haben, um den Mitgliedern der Partei die Aufstellung der Kandidaten zu ermöglichen. Aufgestellt wurden folgende Kandidaten: **Hermann Deutschbein, Otto Halang, Marie Vogel,** Ludwig Uhlig, **Paul Rente, Oskar Herold,** Albert Wittig, Otto Riedel, Arno Schröder, Gustav Wieschke, Franz Strauß, Paul Uebler. Beschlossen wurde noch, für die Verbreitung des Hallischen Volksblattes energisch zu arbeiten, damit das die Arbeiterschaft in den bürgerlichen Sumpf führende Dessauer Blatt restlos aus Jeßnitz verschwindet.

Aus der Provinz.

Merseburg. Ueber eine unangenehme Hamstergeschichte wird berichtet. Kürzlich trafen sich am Gotthardsteich hier verabredungsgemäß zwei Frauen, die eine aus der Stadt, die andere vom Lande. Beide hatten je ein großes Paket bei sich. Das Tauschgeschäft, denn um ein solches handelte es sich, ging glatt von statten. Die Landfrau zog ab mit ihrem wertvollen Paket, enthaltend einen Pelzschmuck. Auch die Stadtfrau wollte mit dem noch wertvolleren und schwereren Paket hochbefriedigt den Heimweg antreten. Da erschien plötzlich ein Angehöriger des Soldatenrates und erklärte das Paket für beschlagnahmt. In dem Paket befanden sich 13 Würste, einige Pfund Speck und Schinken, sowie Mehl. Die beschlagnahmte Ware wurde dem städtischen Krankenhaus und den hiesigen Lazaretten überwiesen. Die Dame erhielt den festgesetzten Höchstpreis zurückerstattet und wird wohl außerdem noch ein Strafmandat erhalten.

Dessau. Die Lebensmittel-Schiebungen des Oberbürgermeisters Ebeling wurden in der letzten Stadtverordnetensitzung erneut erörtert. Es wurde die in Arbeiterkreisen herrschende Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß es ein Skandal sei, daß der frühere Oberbürgermeister für die von ihm begangenen Lebensmittelschiebungen nicht zur Rechenschaft gezogen werden könne. Es sei nicht zu verstehen, daß ein Disziplinarverfahren zur Untersuchung im Amte begangener Schiebungen nur deswegen unmöglich sein soll, weil das Entlassungsgesuch von der Stadtverordnetenversammlung genehmigt worden sei. Das Rechtsgefühl des Volkes könne sich damit nicht abfinden. Die Folge dieser falschen Entscheidung sei weder für die Richter noch für die Stadtverordneten angenehm, denn man verdächtige diese des Einverständnisses mit Ebeling. Der Stadtverordnetenvorsteher erwiderte, die Entscheidung des Disziplinargerichts sei ein Mißgriff. Die Wiederaufnahme des Verfahrens könne aber nur im Wege eines neuen Gesetzes erreicht werden. Es müßte ein entsprechender Antrag im Landtag gestellt werden.

Drei arge Feinde.

*3048

Gicht, Rheumatismus und Hexenschuß (Ischias) heißen sie. Sie foltern ihre Opfer ebenso grausam, wie es in alten Zeiten die Henkersknechte taten.

Gicht, Rheumatismus und Hexenschuß haben nicht nur die gleiche äußere Veranlassung (Erkältung), sondern auch die gleiche innere, nämlich Vergiftung des Blutes durch zurückgehaltene Harnsäure.

Die Harnsäure ist ein giftiger Abfallstoff, der übrig bleibt bei der Verwandlung der Nährstoffe in Kraft und Wärme, genau so, wie beim Verbrennen der Steinkohle Schlacke übrig bleibt.

Die Harnsäure muß regelmäßig aus dem Blute entfernt werden, wie die Schlacke unter dem Dampfkessel, sonst entstehen Störungen.

Die Harnsäure setzt sich an bestimmten Stellen fest und verursacht Entzündungserscheinungen, die je nach der Naturanlage der betreffenden Person und je nach den näheren Umständen verschiedener Art sein können.

Die Harnsäure kann sich in Form fester Kristalle in den Gelenken und Sehnenscheiden ablagern, wo sie rasende Schmerzen und heftige, teigige Schwellung und Rötung verursacht. Später entstehen an diesen Stellen harte, knotige Anschwellungen, die sich zu völligen Verkrüppelungen der Hände ausbilden können.

Sie kann auch ohne Ablagerungen eine heftige Entzündung der Gelenke oder Muskeln veranlassen und wird lebensgefährlich, wenn sie den Herzmuskel ergreifen wird.

Sie kann endlich eine Entzündung großer Nervenstränge herbeiführen, die sich in neuralgischen Schmerzen des Gesichtes, des Kopfes (Kopfreißen!), der Kinnladen, besonders aber des großen Hüftnerves (Hexenschuß, Ischias) äußern.

Man benutzte dagegen früher mit Vorliebe das Gift der Herbstzeitlose, welches ein Bestandteil der meisten alten „unfehlbaren" Gichtmittel ist.

Mancher, der solche Mittel benutzte, ist durch dieselben für immer von seinen Schmerzen erlöst worden — durch den Tod, denn Vergiftungsfälle waren nicht selten, und die Mittel wirkten auch nur vorübergehend.

Auch die viel später verordnete Salizylsäure ist nicht ungefährlich, dauernde Heilung bringt sie ebensowenig.

Große Beliebtheit im Volke genießen verschiedene scharfe Einreibungen und Pflaster, und es ist wahr, daß sie durch Anregung des Blutumlaufes in dem erkrankten Körperteile die Entzündung vorübergehend beseitigen können. Das nützt allerdings nicht dauernd, aber es kann die Schmerzen lindern. Als gründliche Kur ist „Gichtosint" zur Entfernung der Harnsäure von zahlreichen Aerzten als gut erprobt worden.

Es enthält die Salze, welchen eine Anzahl der berühmtesten Heilquellen ihre gute Wirkung verdanken, in verstärkter Form, alle Stoffe aber, welche die Wirkung abschwächen oder welche keine Wirkung haben, sind weggelassen.

Dadurch wird eine sehr schnelle Auflösung und gründliche Entfernung der im Körper abgelagerten und im Blute vorhandenen Harnsäure erreicht, ohne daß es nötig ist, sich monatelang in einem Kurorte aufzuhalten, große Mengen Mineralwasser zu schlucken und strenge Diätvorschriften einzuhalten.

Das ist nicht nur angenehmer und bequemer, sondern auch viel billiger.

Zum Versuch erhält jeder, der danach schreibt, eine genügende Probe und eine Gebrauchsanweisung vollständig gratis vom Generaldepot: [illegible]-Apotheke, Berlin A 360, Friedrichstraße 19.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190211-18/fragment/page=0005

Walhalla-Operetten-Theater.
Letzte Woche: 5135
Inkognito.
Anfang 7.10 Uhr.
In Vorbereitung:
Die Faschingsfee.
Kasse v. 10—1½ u. 4—6 Uhr.

Stadttheater.
Mittwoch, 12. Februar 1919.
Anfang 7 Uhr. Ende 9 Uhr.
Nur ein Traum.
Lustspiel v. Lothar Schmidt.
Donnerstag: 5115
Die lustigen Weiber v. Windsor.

Zum Landhaus
Merseburgerstr. 85
Mittwoch *3060
Tanzkränzchen
Ergebenst E. Glässer.

Alte Fahrrad-Decken, -Schläuche,
auch brauchbare,
kauft zu hohen Preisen
Bieder, Gr. Steinst. 35,
Gummiladen. 5082

Gut erhaltener
Kinderwagen
zu verkaufen bei *3056
Frau Mecke,
Schraplau, Bäckerstraße.

3 Könige, Varietee, Kl. Klausstr. 7.
Erstklassige Künstler und Kapelle.
Neue Posse „Ein toller Ehemann". Der Gipfel der Komik. 5140
Einlass 5 Uhr. Grösster Betrieb am Platze.
Mittwoch nachm.: **Familien-Vorstellung.**

„Oberpollinger"
Heute, Dienstag, von 6 Uhr an:
3. großer Hausball
mit Ueberraschungen. 5107

Frauen- und Mädchen-Chor, Halle. M. d. D. A.-S.-B.
Zu unserem am 12. Februar 1919, abends 6 Uhr, im „Pressiers Berg", Liebenauerstr. 4, stattfindenden
Tanzkränzchen 5112
ladet hiermit ein **Der Vorstand.**

An die Mitglieder der ländlichen Distrikte.
Mitglieder-Versammlungen
finden statt in:
Ammendorf 5131
am Dienstag, 11. Februar, abends 8 Uhr, im Bahnhofs-Restaurant.
Radewell
am Dienstag, 11. Februar, abends 8 Uhr, im Thalschlösschen.
Büschdorf
am Donnerstag, 13. Februar, abds. 7½ Uhr, im Lokal Zorsch.

Gemeindewähler-Versammlungen
finden statt in:
Döllnitz
am Freitag, den 14. Februar, abends 7½ Uhr, im „Palmenbaum". Redner: Genosse Bowitzki.
Wörmlitz
am Freitag, den 14. Februar, abends 7½ Uhr, im „Gasthof zu Wörmlitz". Redner: Gen. Krause.
Schiepzig 5132
am Freitag, den 14. Februar, abends 7 Uhr, im „Gasthof Dornberg". Redner: Gen. Näbler.
Das Erscheinen aller Wähler ist unbedingt erforderlich. **Der Einberufer.**

Bernburg.
Oeffentliche Wählerversammlung
am Donnerstag, den 13. Febr., abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshause". Herr Redakteur Kasparek-Halle spricht über:
Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Ortsgruppe Bernburg
5130 der Unabh. Sozialdem. Partei.

Flechte nasse u. trockne, viele Dankschreiben. Nachnahme oder Voraussendung 7,50 *3057 **heilt**
G. H. Howe, Magdeburg, Zollstraße 11 a.

Gutes trockenes Brennholz
zu verkaufen. 5126
Fritz Ackermann, Halle a. S., Wolffstraße 14.

Ansichts-Postkarten
empfiehlt die Volks-Buchhandlung.

Donnerstag, den 13. Februar, abends 7½ Uhr, im Volkspark, Burgstraße 27:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. **Die Bedeutung der Stadtverordneten-Wahl.**
Referenten: Genossen Otterburg und Kilian.
2. **Aufstellung der Kandidaten.**
Um recht regen Besuch dieser Versammlung bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wird ersucht.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Halle.
5129 (U. S. P. D.)

Germania-Lichtspiele.
Triftstrasse 22. Triftstrasse 22.
„Das blaue Zimmer". Schauspiel in 4 Akten.
„Das Meer schweigt". Künstler-Film. 2 Akte.
„Ja, der Soldate". Lustspiel mit Knittelversen. 2 Akte.
„Ihre Freundin". Lustspiel in 3 Akten.
Herrliche Natur-Aufnahmen.
Anfang 7 Uhr. Nachmittag: Jugend-Vorstellung.
5108 Dienstag und Freitag: Neuer Spielplan.

Hippodrom
Wintergarten.
Direktion Georg Arndt. Magdeburgerstr. 66. Fernruf 2155.
Wunderbar dekorierter gutgeheizter Spiegelsaal.
Hippodrom.
Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Gr. Sport- u. Reitfest, bei vollbesetztem Orchester.
Jeden Sonnabend, ab 7 Uhr:
Grosser Kavalierball.
Vorzügliches Pferdematerial. Erstklassiger Restaurationsbetrieb. *3059
Täglich abends Auftreten der berühmten **Schulreiterin**
Frl. Helene Fischer
vom Zirkus Schumann, Berlin, mit ihrem Schulpferd
:: Erbherr Markgraf II ::
aus dem Gestüt Graditz.
Jeden Sonntag von 11—1 Uhr: **Matinee.**

Auskunftserteilung in Demobilmachungsfragen.
Die Demobilmachungs-Auskunftstelle des Kriegsministeriums ist mit Anfragen seitens des Publikums über Ersatz-Truppenteile, Demobilmachungsorte und Demobilmachungs-Angelegenheiten so überlastet, daß eine zeitgerechte Beantwortung dieser Fragen nicht durchzuführen ist. Derartige Anfragen sind daher nicht an das Kriegsministerium, sondern an das für den Bezirk zuständige Generalkommando (Auskunftsstelle) zu richten. Unmittelbar an das Kriegsministerium gerichtete Anfragen werden in Zukunft keine Berücksichtigung finden. *3063
Von seiten des Generalkommandos. Der Exekutivausschuß.
Der Chef des Generalstabes. J. A.:
gez. v. dem Hagen. gez. Neumann.
Generalkommando IV. Armeekorps.
Abt. Auskunft 3924 II.
Bei Antwortschreiben ist vorstehende Abteilung und Nummer anzugeben.

Den Herren Saalinhabern und Restaurateuren empfehle ich:
Fruchtsekt
Rotkäppchen (Kloss & Foerster)
Wachenheim „Grün"
Langenbach Goldlack 5121
Söhnlein Rheingold
Ottomar Brehmer, Nachf. Karl Schulze, Halle a. S.,
Dorotheenstr. 9. Einzelverkauf: Leipzigerstr. 43.
Fernruf: 6360.

Kaninchenfelle
sowie alle anderen Felle u. Rosshaare
kauft zu höchsten Tagespreisen.
Paul Günther Nachf., Taubenst. 3, Hof. Tel. 6176.
Inhaber: Leo Feltscher. 5124

Institut „Fara"
Kosmetik :: Schönheitspflege :: Körperkultur.
Gr. Ulrichstr. 47 I. — Telephon 5848.
Spezialität „Fara"-Massagen. „Einzig" glänzend bewährt, Gesichts-, Kräuter- u. Dampfbäder, unsichtb. Hautschälkur g. Jugendfrische, behebt Erschlaffungen, Falten- u. Kunstbildung.
Fara-Nasen- u. Gesichts-Korrekturen. Blütenpflege.
Befreiung v. Unreinheiten, Mitessern, Gries, fettige, grobporig., spröd. Haut, Sommersprossen, Gesichts- u. Nasenröte, Frostschäd., Leberflecken, Warzen, Damenbärte schmerz- u. narbenlos. *3036
Hand- und Fußpflege.

Rosshaarstoffe 5111 **Drell**
werden stets gekauft von **Louis Stich** Halle a. S. Gerberstraße 23.
Stoffe 120 Mark, mit Mus ausreichend, in Apotheken und Drogerien zu haben. Wo nicht erhältlich, Adresse man an Apotheker, Hannover. 46

Apollo-Theater.
Täglich abends 7½ Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall. 4148
Vorverkauf 9—1 und 5—½7, Sonntags ununterbrochen.

Kammer-Lichtspiele Grosse Steinstr. 24
Vom 11. bis 13. Februar 1919.
Ebba Thomsen, Gudrun Houlberg und Carlo Wieth in:
1. **Die Sprache der Vergangenheit.** Schauspiel in 5 Akten.
Oscar Stribolt und Gudrun Houlberg in:
2. **Das feindliche Pärchen** und
3. **Knoppchen beweist sich.** 2 Lustspiele mit großem Lacherfolg. 5109
4. **Detmold,** Kunstaufnahme.
Angenehmer und gemütlicher Aufenthalt!
Anfang 4 Uhr.

Sind Sie erkältet?
Anbiete meinen
!
Lungenkräutertee
Brusttee
Pfefferminztee
Kamillentee
Alpenkräutertee
Lindenblütentee
Knötertichtee
St. Germaintee
Baldriantee
Leintee
Fencheltee
Malmondtee.
5139
M. Hund Nachf., Herrenstr. 10.

Alle Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Arbeitsmarkt

Ein Lehrling
wird Ostern eingestellt bei 5124
Sperling, Klempnerei u. Installation, Reilstr. 24.

Gesucht
gelernte **Spitzendreher**
sowie
tüchtige **Schlosser**
für unsere Werkzeugmaschinen-Reparatur.
Ausführl. Offerten mit Zeugnisabschriften an
Hansa-Lloyd-Werke A.-G., Bremen 11.
Arbeiterannahme. *3068

Steinbruchsarbeiter
gesucht am Galgenberg. *3062 Zu melden Hanlestrasse 1.

Kellner-Lehrling
gesucht. *3059
Schwerdtfeger, Hauptbahnhof.

Tüchtiger *3061
Geschirrführer
gesucht Trotharstr. 74.

Schneider-Lehrling
5111 stellt zu Ostern ein Ewald Adam, Krukenbergstr. 6.

Sämtliche Tischler- u. Glaserarbeiten
werden ausgeführt. *2925
Särge sofort lieferbar.
Franz Barthel,
Heilbrn. Feldstr. Nr. 18.

Hoher Nebenverdienst
wird erzielt durch den Verkauf eines D. R. G. M.-Artikels, welcher von jedermann, insbesondere von der werktätigen Bevölkerung und der Jugend in dieser Zeit dringend gebraucht wird. Zur Uebernahme des Vertriebs sind ca. 350 Mk. erforderlich und eignet sich der Artikel besonders für Fabrikarbeiter zum Verkauf an Arbeitskollegen und deren Familien-Angehörigen.
Anfragen an: *3008
Büscher & Kleine,
Bielefeld.

Möbel-Transporte
sowie Spedition mit Uhren führt fachgemäß aus 4069
Albert Ackermann,
Thomasiusstr. 15. Tel. 5643.

Familien-Nachrichten.

Statt besonderer Anzeige.
Am 8. Februar 1919 verschied an den Folgen eines schweren Unglücksfalles mein heißgeliebter Mann, unser treusorgender Vater, mein lieber Sohn, Schwiegersohn, unser guter Bruder, Schwager, Onkel und Neffe, der Steinsetzer
Paul Saalfeld
in seinem vollendeten 31. Lebensjahre.
Dies zeigen schmerzerfüllt an 5128
Witwe **Anna Saalfeld** geb. **Christall,**
nebst Kindern und allen Angehörigen.
Die Beerdigung wird noch bekannt gegeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191902 11-18/fragment/page=0006